X

21. Januar 1975: Fraktionssitzung (Tonbandtranskript)

AdsD, SPD-BT-Fraktion 7. WP, 6/TONS000034. Titel: »Fraktionssitzung am 21. 01. 1975«. Beginn: 9.30 Uhr. Aufnahmedauer: 03:13:50. Vorsitz: Wehner.[[1]](#footnote-2)

Sitzungsverlauf:

A. TOP 1: Begrüßung und Bericht des Regierenden Bürgermeistes von Berlin, *Schütz*, über aktuelle Probleme Berlins.

B. TOP 2: Bericht aus der Fraktionsvorstandssitzung. – Bericht von Bundesminister *Rohde* über Ausbildungsförderungspolitik.

C. TOP 3: Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft.

D. TOP 4: Aktuelles aus den Arbeitskreisen (Grundlagenvertrag; Verkehr nach Berlin (West); Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR; innere Sicherheit in Berlin (West); Wirtschaftslage und Energieversorgung in Berlin (West)). – TOP 5: Informationen (Besuch von Gerhard *Jahn* in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR; Hilfsfonds für Ölpreisdefizitländer; EG-Agrarausgleichsfonds; Asylbewerber aus Chile; jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion; Konkursausfallgeld; Kraftfahrzeugsteuerreform).

E. Vorbereitung der Plenarsitzungen: TOP 6: Tagesordnung und Ablauf der Plenarsitzungen. – TOP 7: 2. und 3. Beratung Pressestatistik. – TOP 8: 1. Beratung Fusionskontrolle. – TOP 9: 1. Beratung Adoptionsrecht. – TOP 10: Künstlerbericht. – TOP 11: Antrag Bundesrechnungshof betr. Entlastung Haushaltsjahr 1972. – TOP 12: 2. und 3. Beratung Änderung Wehrpflichtgesetz. – Sonstiges: TOP 13: Nächste Termine. – Verschiedenes.

[A.]

**Wehner**: Die Sitzung ist eröffnet. Genossinnen und Genossen, wir haben heute eine ganze Reihe nicht nur von Krankmeldungen, sondern auch wegen einer gemeinsamen Tagung des Europäischen Parlaments und Europarats hier nicht Anwesende und dennoch sind wir ja hier gut beieinander. Wir haben außerdem einen, der heute seinen Geburtstag begeht, unter uns, wenn er unter uns ist. Man muss sich ja erst orientieren, wo er sitzt. Das ist Reinhard *Bühling*.

(Beifall.)

Alles Gute, lieber Reinhard.

Lauritz *Lauritzen* hat gestern so einen traditionellen Geburtstag gefeiert, den 65. Wir haben ihm entsprechend –

(Beifall.)

und nun: die Tagesordnung liegt vor, Fraktionsvorstand und Arbeitskreise haben gestern hier getagt. Der Fraktionsvorstand hat politische Berichte des Regierenden Bürgermeisters Klaus *Schütz* – der hier ist und den hier hiermit herzlich begrüße –,

(Starker Beifall.)

des Bürgermeisters Kurt *Neubauer*, der Senatoren Karl *König*, Harry *Liehr* angehört und diskutiert, hat dabei einen wertvollen Einblick in die Entwicklung und in die Probleme der Stadt auf Gebieten, die mit diesem Namen auch hinsichtlich der Verantwortlichkeiten umrissen sind, gewonnen. In den Arbeitskreisen sind die Informationen vertieft und ist Zwiesprache gehalten worden. Das alles hat eine positive Bedeutung für unsere parlamentarische Arbeit. Was die Arbeitskreise anbetrifft, so werden unter unserem Tagesordnungspunkt Aktuelles aus den Arbeitskreisen Kurt *Mattick*, Karl *Liedtke* und Hans-Jürgen *Junghans* kurz aus diesen gestrigen Erörterungen berichten. Das Präsidium und auch der Vorstand der CDU haben es für angebracht gehalten, in sozusagen feierlicher Form hier gestern, damit wir nicht alleine hier sind, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, die bezüglich der Berliner Wirtschaftsentwicklungen wie auch der allgemeinen bundesrepublikanischen Wirtschaftsentwicklungen und der doch unbestreitbar konkreten Zusammenarbeit, die unter der Führung des Bundeskanzlers mit Senat und Vertretern der Wirtschaft dieser Stadt nicht nur ihren Ausdruck gefunden hat in einer Tagung im September, sondern hier wird von beiden und von, wenn man so will, auch allen Seiten daran weitergearbeitet. Unsere eigenen Eindrücke und das zentrale Thema unserer heutigen Tagung, dem sich Alex *Möller* dann unterzieht, widerlegen das, was die Union aus Anlass ihres Berlin-Werbetagungsfeldzuges hier durch ihren Sprecher hat verkünden lassen.[[2]](#footnote-3) Ich werde dann nach der Tagesordnung unter dem entsprechenden Punkt berichten über die Punkte, die gestern im Fraktionsvorstand eine Rolle spielten, wenn ich auch nicht, was hoffentlich verziehen wird, den Versuch machen will, wiederzugeben die politischen Berichte der hier genannten vier Freunde aus dem Berliner Senat. Wie gesagt, das kommt dann noch. Jetzt bitte ich Klaus *Schütz*, das Wort zu nehmen.

**Schütz**: Genossinnen und Genossen, zunächst mal, herzlichen Gruß all denen, die zu dieser Sitzung der Bundestagsfraktion nach Berlin gekommen sind. Das ist, wie ich hoffe, interessant für euch, aber ich will auch sagen, es ist wichtig für die Berliner Sozialdemokraten, die, das wissen wir alle, in einem, vor einem außergewöhnlich schwierigen Wahlkampf stehen.[[3]](#footnote-4) Ich möchte den Versuch, wie auch gestern im Fraktionsvorstand, so knapp wie irgend möglich einen Bericht zu geben über die Lage in und um Berlin und, wenn es recht ist, auch ein paar Anmerkungen zum augenblicklichen Stand des Wahlkampfes dabei zu geben.

Das vergangene Jahr kann für Berlin alles in allem als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Dies sowohl was wirtschaftliche, aber auch politische Fragen betrifft. Dabei ist für uns das Positivste ohne Zweifel die Tatsache, dass es gelungen ist, durch eine intensive Verhandlungsführung der Bundesregierung die DDR-Führung zur Rückkehr zur Geschäftsgrundlage unserer Reise- und Besucherregelung zu veranlassen. Wir haben damals festgestellt, dass die Verdoppelung des Zwangsumtauschs und die Einbeziehung der Rentner in diese Maßnahme doch einen tiefen Einschnitt auch in die Besucher- und Reisemöglichkeiten gerade der Westberliner nach Ost-Berlin und in die DDR gegeben haben. Wir haben beispielweise – im Gegensatz von 1973 auf 1974 ging die Zahl der Besuche von Westberlin von 3,8 Millionen auf 2,6 Millionen und das ziemlich schlagartig zurück. Wir können jetzt feststellen, dass weniger die Tatsache, dass der Mindestumtausch, das war ja die erste Phase, gesenkt wurde, dann wieder von zehn auf 6,50 Mark und von 20 auf 13 Mark, also vielmehr die Tatsache, dass die Rentner aus dem Umtausch herausgenommen worden sind, gleich schlagartig einen großen Besucherhöchststand auch herbeigeführt hat. Die Zahlen, die wir errechnet haben, sind Zahlen für den 13. Dezember bis 9. Januar, jeweils für den Jahreswechsel ’72/’73, ’73/’74 und ’74/’75. Wir hatten ’72/’73 146 000 Besucher, das folgende Jahr sank das herab zu den Feiertagen auf 123 000 und es ist jetzt gleich auf 169 000. Das heißt, wir sind jetzt auch um etwas mehr als 15 Prozent über dem Stand, den wir zu den Feiertagen der Besucherregelung erreicht hatten. Das ist im Wesentlichen den älteren Bürger hier, und dies ist eine Stadt mit sehr vielen älteren Bürgern, die auch Kontakte in den anderen Teil der Stadt und die Umgebung haben, zugutegekommen.

Aber ich möchte auch hier noch mal unterstreichen, es ist auch wichtig gewesen und bleibt wichtig, weil wir einerseits auf diese Weise bewiesen haben, auch vielen unseren Kritikern hier und anderswo bewiesen haben, dass man Schwierigkeiten, aber selbst Vertragsverletzungen im Rahmen der Verträge, im Rahmen der Vereinbarungen überwinden kann und dass zweitens wir auch damit die Voraussetzungen gegeben haben zu weiteren Vereinbarungen, die ja die Bundesregierung und wir auf verschiedenen Gebieten angestrebt haben und anstreben. In diesem Zusammenhang ist dann also von der Bundesregierung mit der Regierung der DDR vereinbart worden das, was dann im sogenannten Angebot aus Ost-Berlin Anfang Dezember vorgelegt worden ist, ein ganzer Katalog von Maßnahmen, die zwischen den beiden deutschen Staaten zu vereinbaren sind, aber auch Maßnahmen, die allein für Berlin ihre Wirkung haben. Ich will das hier in diesem Kreis nicht ins Einzelne darstellen. Ein Teil der dort erwähnten Maßnahmen ist ja schon Wirklichkeit geworden mit außergewöhnlichem Effekt, beispielsweise die Tatsache, dass wir einen 20-Jahres-Vertrag abschließen konnten über die Verbringung unserer Abfallstoffe in das Gebiet etwas außerhalb von Berlin, die Tatsache, dass wir Abwasserregelung nach langen Verhandlungen treffen konnten. Die Fragen, die um einige wichtige Wirtschaftsaufträge gehen, Waggonbau und Ähnliches, Errichtung eines Schlachthofes in der DDR, sind in sich von Bedeutung.

Die eigentliche Bedeutung an und für sich dieses Gesamtpakets liegt aber wohl darin, dass wir das erste Mal, eigentlich seit mehr als 25 Jahren das erste Mal die Chance haben, Berlin ganz praktisch um ein Drittel näher an die Bundesrepublik heranzurücken. Auf allen Verkehrswegen, ich nehme aber die Luftfragen, Flugfragen aus, die ja eine andere Bedeutung, aber auch wichtige Bedeutung haben, auf all den Gebieten, um die es da geht, sei es Schiene, Straße oder Schifffahrtswege, bedeutet das, dass wann immer wir dieses große Programm auch durchführen, als Resultat zu verzeichnen ist, dass wir bei der Eisenbahn und auf der Straße um eine Stunde die Fahrtzeit verkürzen, bei den Schifffahrtswegen um mehr als einen Tag.[[4]](#footnote-5) Das ist eine Bedeutung in sich und eine Bedeutung, das kann sich jeder denken, die auch ganz praktisch etwas für diese Stadt darstellt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass bei den Gesprächen der Bundesregierung mit der sowjetischen Regierung, insbesondere auch des Bundeskanzlers mit der sowjetischen Regierung, ja ein zweites außergewöhnlich wichtiges Objekt sich langsam dem Stadium der Realisierung nähert. Das ist die Tatsache, dass wir – um das hier noch einmal zu unterstreichen – seitdem wir diese Stadt hier in sich autark auch mit Energie versorgen müssen, das heißt seit den Tagen der Blockade darauf hinarbeiten und immer wieder darüber nachdenken und darüber verhandeln lassen und selber verhandeln, dass diese Stadt endlich an das westeuropäische Energieverbundsystem angeschlossen wird. Wir haben durch diese Verhandlungen, wie sie jetzt geführt worden sind, die Chance, dass im Zusammenhang mit dem Objekt Königsberg, Kernkraftwerk Königsberg, das erste Mal nicht nur Westberlin an die Leitung von Königsberg nach Braunschweig angeschlossen wird und fest angeschlossen wird, als eine der Stationen angeschlossen wird, sondern wir haben das erste Mal die Chance und die Möglichkeiten, auf diese Weise, auch wenn es auf anderen Gebieten zu Schwierigkeiten kommt, voll eingeordnet zu sein in das westeuropäische Energieverbundsystem.[[5]](#footnote-6) Etwas, was für die weitere Entwicklung der Stadt von außergewöhnlicher Wichtigkeit ist. Wir sehen uns, wie die Lage nun einmal ist, im Augenblick nicht vor einem akuten Problem, besonders der elektrischen Energie in der Stadt, aber wir müssen davon ausgehen, dass wir ab 1981/82 in Schwierigkeiten kommen, wenn wir nicht hier mit neuen großen Kraftwerken, Kraftwerkbau beginnen. Der Kraftwerkbau ist sehr schwierig. Wir lehnen das auch jetzt von der CDU, von *Marx*, wenn ich das richtig gesehen habe, vorgeschlagene Kernkraftwerk mitten in der Stadt ab aus Gründen, die einleuchtend sind, die aber auch etwas mit dem Alliiertenstatus der Stadt zu tun haben, und wir haben große Schwierigkeiten, in der Stadt noch ein konventionelles Kraftwerk zu bauen.[[6]](#footnote-7) Schon aus diesem Grund ist das, was dort sich abzeichnet, von großer Bedeutung. Ich will das hier im Augenblick nicht weiter vertiefen.

Was die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik betrifft, so sind wir mit dem Verlauf der Verhandlungen zufrieden. Wir wissen ja alle, dass seit dem Vier-Mächte-Abkommen[[7]](#footnote-8) mehr als 20 Verträge mit osteuropäischen Staaten abgeschlossen wurden, in die Berlin voll einbezogen ist. Bei den jetzt noch ausstehenden, insbesondere Rechtshilfe und technisch-wissenschaftliche Kooperationen, hoffen wir, dass sie auf gutem Wege sind. Wir sind durch die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin über eine sicherlich auch schwierige Phase hinweggekommen[[8]](#footnote-9), aber doch dazu gekommen, dass diese große, immer auch wichtige Behörde auf dem Dienstleistungssektor hier ihren Platz findet. Wir haben mit Freude gehört, dass die Gespräche, die die Bundesregierung in Brüssel geführt hat, viele unserer Freunde, ich weiß es auch aus diesem Kreise, aber ich höre, die Europafraktion ist nicht so stark vertreten im Augenblick hier, heute, aber ich möchte doch sagen, dass ich dort auch den Sozialdemokraten besonders danke, dass es möglich geworden ist, einen Wunsch durchzusetzen, den wir seit sehr langem haben, nämlich das Europäische Zentrum für Berufsbildung nach Berlin zu bekommen[[9]](#footnote-10).

(Starker Beifall.)

Dieses ist von außerordentlicher Bedeutung. Wir sind damit die erste deutsche Stadt, in der eine europäische Behörde dieser Art hier eingerichtet wird, und ich kann hier auch noch mal unterstreichen, dadurch werden wir kein konstitutiver Bestandteil weder der Bundesrepublik noch einer europäischen größeren Organisation, sondern das, was hier sachlich an Vorbereitung geleistet worden ist in Dienstleistungsbehörden, die es hier schon gibt, in eine Regelung umgewandelt worden, für die ich nur außergewöhnlich dankbar sein kann.

Auf den Transitwegen hat sich bis auf Störungen, die wir im letzten Jahr durchgesetzt haben, das so entwickelt, wie wir es erwartet haben. Die Transitwege wurden im letzten Jahr von mehr elf Millionen Personen benutzt. Wir haben dort immer noch laufend Zuwachsraten. Wir haben Sorgen, was den Flugverkehr betrifft. Einerseits deshalb, weil es immer noch nicht möglich ist, Berlin an das internationale Flugnetz direkt anzuschließen, Westberlin anzuschließen. Weniger wegen, wie manche meinen, der Konkurrenz aus Schönefeld als wegen der Tatsache, dass es uns weiterhin nicht möglich ist, internationale Fluggesellschaften direkt nach Westberlin zu bringen.[[10]](#footnote-11) Die drei Mächte, mit denen wir darüber ja jahrelang gesprochen haben, haben die Möglichkeit eröffnet für drei Fluggesellschaften, in Westberlin zu landen. Dort fehlen jetzt noch immer, das sind die Skandinavier, Österreicher und die Türken, dort fehlen jetzt noch immer die Überfluggenehmigungen durch die DDR. Darüber wird verhandelt. Wir hoffen mit Erfolg, wobei wir insbesondere – das kann sich jeder ausrechnen – insbesondere interessiert sind an der Landegenehmigung für die türkische Fluggesellschaft, weil wir hier tatsächlich durch den großen Anteil von türkischen Bürgern in der Stadt ein besonderes Problem auch haben und wir immer wieder Schwierigkeiten haben, sie mit denen im Augenblick uns zur Verfügung stehenden alliierten oder englischen oder amerikanischen Fluggesellschaften aus der Stadt herauszubringen. Genossinnen und Genossen, was die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt betrifft, so ist auch die im Großen und Ganzen zufriedenstellend. Jeder weiß, dass wir das mit dem Schuss an Vorsicht sagen und an Sorgen sagen, der den Blick überhaupt über die Wirtschaft in Westeuropa und so weiter schweifen lässt, der dort angemessen ist. Trotzdem haben wir mit Freude festgestellt, dass bei der wichtigen Wirtschaftskonferenz, die der Bundeskanzler im Dezember durchgeführt hat, wo eben doch vertreten waren aus Industrie, Gewerkschaften und Handel, Banken, auch aus dem Bundestag die drei Fraktionen ja einen Vertreter haben, dann einmütig und einstimmig festgestellt worden ist, dass wir es im Großen und Ganzen geschafft haben, auch mit den Standortnachteilen fertig zu werden.

Wir haben vier wesentliche Positivpunkte auch in die laufende Auseinandersetzung in Berlin einzubringen. Erstens, das Berliner Bruttosozialprodukt ist stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt. Die Produktivität unserer Wirtschaft ist ebenfalls stärker gestiegen als im Bund. Die privaten Investitionen sind weniger zurückgegangen als im Bund und die Arbeitslosenquote liegt mit 3,3 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Trotzdem – wir haben gestern eine große Konferenz, Funktionärskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Helmut *Schmidt* gehabt[[11]](#footnote-12) –, trotzdem bleiben da natürlich, selbst bei einer statistisch geringen Quote, die Erkenntnisse, dass jeder Prozentsatz Arbeitslosigkeit ein Prozent zu viel ist und wir uns hier bemühen – wie anderswo auch – das wo immer zu reduzieren oder unter Kontrolle zu halten. Wir legen allerdings Wert darauf, auch deshalb weil wir mit der SED in eine Kontroverse reingezwungen worden sind über die soziale Sicherheit in der Stadt, wir legen Wert darauf, deutlich zu machen, dass auf zwei Gebieten man gerade in Berlin sieht, welches dichte Geflecht an sozialer Sicherheit die Bundesrepublik heute darstellt. Ich will es auf meine einfache Formel machen, vielleicht zu einfach für den einen oder anderen, aber es gibt hier selbst bei der Sorge, die der Einzelne hat um den Arbeitsplatz, keinen, der heute arbeitslos ist oder der in Kurzarbeit steht, der auch nur darüber nachdenkt, ob er mit jemandem, seinem Arbeitskollegen ist Ost-Berlin oder sonst wo tauscht, weil eben doch das Geflecht der sozialen Sicherung hier stärker ist. Der zweite Gesichtspunkt betrifft unsere Rentner, die ja doch hier, gerade gemessen an der Situation, wie Rentner in der DDR behandelt werden, einen ganz anderen, auch sozialen Status haben. Ich will das, was unsere Aussagen der wirtschaftlichen Zukunft betrifft, hier jetzt nicht strapazieren. Das liegt ja auch dem einen oder anderen für seine Erkenntnisse zusätzlich noch vor.

Ich würde jetzt einige wenige Bemerkungen noch zum augenblicklichen Stand des Wahlkampfes machen. Die Ausgangsposition, in der wir uns befinden, wird von uns in der Sache wie von den Personen her als außerordentlich zufriedenstellend beurteilt. Wir haben vor vier Jahren in einem sehr detaillierten Programm gesagt, was wir in vier Jahren ganz konkret zu tun beabsichtigen. Das war nicht nur gerichtet für den Wähler, sondern – um das hier zu sagen – das hat uns auch geholfen, die Berliner Parteiorganisation damals zusammenzubringen, dass wir uns alle gezwungen haben zu einem konkreten Programm, das heißt, was geschieht auf jedem Arbeitsgebiet in diesen vier Jahren und nicht nur allgemeine Grundsätze zu entwickeln. Das hat uns damals geholfen und das ist jetzt möglich, in einer – wie wir glauben – ganz beeindruckenden Leistungsbilanz darzustellen, zu denen auch im Grunde die anderen Parteien nichts sagen können. Wir haben ein Programm, das die Berliner Parteiorganisation einstimmig auf ihrem Landesparteitag verabschiedet hat. Wir haben personell, das betrifft nicht nur eine Person, sondern eine Gruppe von Personen, auch auf keinem Gebiet die Auseinandersetzung zu scheuen. Wir haben einen sehr langen und sehr intensiven Vorwahlkampf geführt, insbesondere auf dem Gebiet, das hier in der Stadt mit großer Dringlichkeit von uns bearbeitet werden muss, nämlich da auf dem Gebiet der großen Zahl von älteren Mitbürgern in der Stadt. Wir haben bis zum Wahltag, aber schon seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres, eine außergewöhnlich große Zahl von ständigen Veranstaltungen, an jedem Tag ein oder zwei oder drei, mit großer Teilnehmerbeteiligung, gerade mit älteren Bürgern durchgeführt in der Hoffnung, dass das auch Auswirkungen aufs Wahlergebnis hat. Wir sind dabei, wie wir meinen, einen technisch gut vorbereiteten Wahlkampf zu führen.

Wir freuen uns darüber, dass ein Mitglied der Bundestagsfraktion – Rolf *Heyen* – die Wahlkampfleitung übernimmt und sie auch vorzüglich wahrnimmt. Die Partei selber ist, wenn ich das sagen darf, selten so geschlossen wie jetzt. Auf allen Ebenen wird mit großem persönlichem Einsatz jeden Tag draußen, wo immer Menschen sich treffen, hier in den Hausbesuchen gearbeitet. Aber das wird sicherlich in anderen Teilen der Bundesrepublik nicht anders. Ich wollte es hier nur noch einmal unterstreichen, dass wir alle in einem großen, auch persönlichen Einsatz vieler sind. Trotzdem meine ich, es ist auch heute noch nicht sichergestellt, ob wir unser Ziel, die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu halten, ob wir dieses Ziel wirklich erreichen werden. Dies ist heute noch nicht sichergestellt. Unsere Formel, meine Formel ist: der Erfolg ist nicht von vornherein sicher, ist nicht automatisch sicher, aber der Erfolg ist möglich, ist möglich und mit dieser Formel gehen wir in die Auseinandersetzung hinein. Es ist schwer, jetzt sicherlich hier die anderen Parteien zu charakterisieren. Dabei muss man wissen, dass wir sowohl die Opposition der CDU wie der Berliner FDP hier haben. Für die CDU brauche ich nicht viel zu sagen. Wir kennen sie alle gemeinsam. Sie sind hier nicht anders als woanders. Sie sind auch in Zukunft nach unserer Aussage kein Partner für eine irgendwie geartete Zusammenarbeit in einer irgendwie gearteten Koalition.

Wir haben mit Besonderheiten der Berliner Freien Demokraten zu rechnen. Erstens aufgrund der Oppositionsposition, die sie hat, sind wir und ist auch hier der Regierende Bürgermeister der ausschließliche Punkt des Angriffs der Freien Demokraten. Wir haben eine Partei dort auch mit starken inneren Konflikten, sehr viel stärker auch immer ausbrechenden inneren Konflikten, als es in den letzten Jahren jedenfalls die Berliner Sozialdemokraten gezeigt haben. Wir haben es mit einer Partei zu tun, die eine außergewöhnliche Angst hat vor der Fünf-Prozent-Hürde, aus mehreren Gründen übrigens. Auch aus dem Grund, dass sie in diesem Land Berlin ja schon einmal unter der Fünf-Prozent-Hürde gewesen ist und deshalb also sehr viel stärker auch weiß, was das bedeutet, und deshalb, weil durch die Existenz einer schwer zu definierenden neuen Partei und ihren Erfolgsaussichten auch sie sich bedroht fühlt. Denn das halbe oder eine Prozent, was die dort auch bei den Freien Demokraten wegnehmen könnte, könnte genau das halbe oder ganze Prozent sein, was man bei der Schlussabrechnung für die FDP braucht. Trotzdem bemühen wir uns, wie wir es übrigens erfolgreich gemeinsam – auch die Freien Demokraten hier – im Großen und Ganzen geschafft haben in den vier Jahren der Oppositionsposition, die Fragen des sozial-liberalen Bündnisses in der Bundesrepublik aus dem Streit zu halten, und wir sind entschlossen, dieses auch weiterhin so zu handhaben. Die hiesigen Kommunisten, wir haben drei Gruppen, die traditionellen, wenn man so sagen will, die SEW[[12]](#footnote-13), die mit verhältnismäßig viel Geld und wohl auch der Unterstützung aus Ost-Berlin hier antritt, mit einer gewissen verstärkten Basis, aber nicht etwa für diese Wahl, sondern schon 1971 möglicherweise im Universitätssektor, aber sonst sicherlich etwa in der gleichen Größenordnung wie früher, die anderen Gruppen will ich mal beiseitelassen, KPD oder Kommunistischer Bund Westdeutschlands. Wir haben mit ihnen, mit den letzten beiden, nur deshalb ein Problem, weil sie in den letzten Wochen versucht haben, unsere Versammlungen als Basis zur eigenen Profilierung zu benutzen, und wir haben da die notwendigen Auseinandersetzungen auch mit unseren Ordnern und gestützt auf die Hausordnung durchzuführen gehabt oder manchmal bestanden, manchmal nicht bestanden.[[13]](#footnote-14) Jedenfalls der Versuch, unsere Versammlungen zu benutzen oder, wenn möglich, auch zu zerstören.

Der BFD[[14]](#footnote-15), der ein gewisses Interesse außerhalb Berlins gefunden hat, hat da, wenn ich es richtig sehe und nach unserer Einschätzung, kein Interesse in der Stadt selber verzeichnet. Die Genossinnen und Genossen wissen, dass es sich zum großen Teil um frühere Mitglieder der SPD handelt. Wir haben festgestellt, dass sie eine sehr mühsame Parteigründung hinter sich haben. Das Problem dort war wohl das, dass sie eigentlich von denen, die hinter ihnen standen, als eine – wie soll ich mal sagen – Volksbewegung gegründet wurden, aber nicht als eine politische Partei. Aber die, die dann diese sogenannte Bewegung geführt haben, wollten eben gerne auch als politische Partei ins Parlament rein und aus diesem Widerstreit heraus ist es dann gekommen, dass die Gruppe jetzt versucht, hier zu kandidieren. Wir geben ihr wenig Chancen, aber wir halten uns aus den Auseinandersetzungen weitgehend heraus. Ich habe gestern gehört, dass die CDU sich auf sie sehr konzentriert. Der *Dregger* hat sie aufgefordert, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Wir sehen das mit Gleichmut und Interesse.

Die Frage eigentlich, die um den BFD zu beantworten ist, ist die, ob er viel Geld hat und ob er die große publizistische Unterstützung des Verlages bekommt, der hier weitgehend auch zu über 70 Prozent die Zeitungen gestaltet.[[15]](#footnote-16) Das Erstere bezweifeln wir nach unserer augenblicklichen Kenntnis. Bei der publizistischen Unterstützung ist das bis jetzt nicht so eindeutig, obwohl man sagen muss, dass der BFD gewisse publizistische Vorteile in einigen der Zeitungen des Konzerns hat.

Dies, Genossinnen und Genossen, bringt mich nur noch zu meinem letzten Punkt in diesem Bericht. Wir haben bewusst uns entschlossen, am Ausgangspunkt unserer Wahlüberlegungen hier keinen lokalen Wahlkampf zu führen, sondern einen Wahlkampf unter voller Einbeziehung der Leistungen, die der Bund für Berlin erbracht hat, oder der Leistungen, die überhaupt von Sozialdemokraten in der Bundesrepublik erbracht worden sind. Das führt dazu, dass eine große Zahl von führenden Sozialdemokraten aus Bund und Ländern in unserem Wahlkampf schon gewesen sind oder für unseren Wahlkampf verpflichtet sind. Willy *Brandt*, Helmut *Schmidt* sind zu mehreren Terminen hier und mit außergewöhnlich positivem Erfolg, wie man ja auch an diesem Montag/Dienstag ablesen kann, aber auch viele andere, und ich wollte die Gelegenheit benutzen, allen, die uns in dieser schwierigen Auseinandersetzung helfen, hier herzlich zu danken. Ich muss allerdings hinzusetzen, dass – so ehrenhaft die eine oder andere Hoffnung ist, die an das Ergebnis hier geknüpft wird – ich nur sagen kann, wir werden uns ernsthaft bemühen, sie zu verwirklichen. Ich muss nur sagen, helfen tut uns nicht, wenn an vielen Orten etwa verkündet wird, dass der Berliner Wähler aufgerufen ist, die Tendenzwende – wie es immer so schön heißt – in der Bundesrepublik herbeizuführen. Er ist unserer Meinung nach aufgerufen, eine Führung für diese Stadt für die nächsten vier Jahre zu wählen und dieses in Zusammenarbeit und mit Hilfe vieler anderer.

(Starker Beifall.)

Wie gesagt, wir stehen vor einem schweren Wahlkampf. Ich danke für die Hilfe und die Solidarität, die die Berliner Partei auf vielen Ebenen dabei gefunden hat und finden wird, und alle können sich darauf verlassen, dass wir unsere Arbeit und unsere Pflicht tun.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Danke Klaus *Schütz*. Wünscht jemand eine Frage zu stellen? Dann erlaube ich mir eine Bemerkung. Bei Wortmeldungen nehmt bitte Rücksicht darauf, dass das etwas schwer zu übersehen ist, aber bei Selbstgesprächen, die ihr unter euch führt, nehmt Rücksicht darauf, dass in diesen Räumen man das viel weiter hört, als etwa in Bonn in unserem Fraktionssitzungssaal.

(Heiterkeit.)

Ja, das ist so. Aus diesem Grund ist das für die, die hier zu sprechen haben, etwas unter Umständen irritierend, weil sie annehmen, was sie sagen, geht im Geräusch unter.

[B.]

**Wehner**: Ich habe nun den Bericht aus dem Fraktionsvorstand zu geben. Klaus *Schütz* hat auf Kernpunkte der politischen Berichte, die gestern hier gegeben worden sind und deren Träger ich genannt habe, Bezug genommen. Weitere Punkte werden in den von mir angekündigten Berichten Aktuelles aus den Arbeitskreisen enthalten sein. Gegebenenfalls werden die Berliner Freunde aus Senat und Abgeordnetenhaus, die hier mit uns zusammen sind und die ich herzlich begrüße,

(Starker Beifall.)

im Verlauf dieser Sitzung Fragen stellen oder Fragen beantworten. Ich will mich jetzt ganz kurz auf einige Punkte beschränken, die in der gestrigen Fraktionsvorstandssitzung – abgesehen von diesen Kernpunkten – eine Rolle gespielt haben. Die Polemik gegen Erscheinungen bei der Steuereinziehung vor allem bei berufstätigen Ehepaaren hat bis zu Ankündigungen geführt, wie etwa im Stil des Vorsitzenden des Bundes der Steuerbeamten, ihren Niederschlag gefunden haben in Überschriften wie »Bund der Steuerbeamten befürchtet Handgreiflichkeiten im Finanzamt«. Das ist also eine quasi Aufforderung, die da von gewisser Seite lanciert wird. Der Fraktionsvorstand ist der Auffassung –

(Unruhe.)

ja, freut euch doch nicht darüber, dass es auch mal Auseinandersetzungen im Finanzamt geben soll. Das gehört doch wohl dann zu einer Kampagne, gleichgültig welches die Motive derer sind, die das so pflanzen, ist eine Kampagne der Verunsicherung, mit der wir es zu tun haben.[[16]](#footnote-17)

(Beifall.)

Und deswegen haben wir uns damit befasst. Der Fraktionsvorstand ist der Auffassung, dass ohne Zeitaufschub durch eine Zeitungsannonce vom Bundesministerium der Finanzen Aufklärung gegeben werden soll, damit die Bestimmungen erläutert und die Anerscheinungen beim Anlaufen des Steuerjahres bemängelten Unzuträglichkeiten aufgeklärt und relativiert werden und damit auch den Steuerpflichtigen praktische Ratschläge gegeben werden. Das ist das, was uns, abgesehen davon, dass es kostet, das am schnellsten und am weitesten verbreitet wirksam werden kann. Weitere aufklärende und sachgerecht informierende Darlegungen wollen wir geben durch einen Abgeordnetenbrief, der aber leider Zeit braucht für Herstellung und Verbreitung, das andere ist jetzt das Entscheidende.

Wir können in dem Zusammenhang, weil es in irgendeinem Zusammenhang damit steht, Kenntnis geben von einem Brief, den ich gestern von Hans *Apel* bekommen habe, der darauf Bezug nimmt: »Die kritischen Debatten dieser Tage über die ersten Erfahrungen mit unserer Steuerreform[[17]](#footnote-18) und damit verbundene und berechtigte Kritik machen deutlich, dass es unzweckmäßig ist, den Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium aufgrund des Weggangs von Konrad *Porzner* unbesetzt zu lassen. Hinzu kommt die weitere Behandlung der Vermögensbildung, die ebenfalls bisher unter Federführung von *Porzner* gelaufen ist. Ich bin deshalb zu dem Ergebnis gekommen, dass es notwendig ist, so schnell wie möglich Rainer *Offergeld* zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium zu bestellen, möchte jedoch, bevor ich diese Absprache zwischen *Offergeld* und mir bekannt mache, dazu deine Zustimmung haben. Schließlich verlierst du ein wichtiges Mitglied des Fraktionsvorstandes.«

Was ich verliere, ist nicht das Problem, dass wir alle zusammen einen natürlich nicht verlieren, sondern in eine andere Region übergehen sehen und dass wir sicher sind, dass er von dort aus uns weiter als Parlamentarischer Staatssekretär helfen wird, ist klar.

(Starker Beifall.)

Und gestern hat Alex *Möller*, mit dem ich verabredet habe, dass er in der Arbeitsgruppe, die hier tagte, Ausschuss Finanzen, dass die wenigsten darüber informiert ist, ehe sie es von außen erfährt, dass dazu erste Gespräche geführt worden sind. Es wird wohl hier darauf ankommen, dass wir alle gemeinsam diesen Ausfall Rainer *Offergelds* an einer Stelle, die er nicht gleichzeitig von dort aus mitfüllen kann, wo er nun jetzt auch mit uns und für uns tätig sein wird, dass wir die durch gemeinsame Bemühungen und gemeinsame Anstrengungen und kollegiales Zusammenarbeiten wettmachen.

In der gestrigen Sitzung hat auf Wunsch des Fraktionsvorstandes Helmut *Rohde* informiert über die vonseiten der Kammern und von Wirtschaftsverbandsprechern angekündigten weiteren Auseinandersetzungen um die Berufsbildung. Ich nehme an, es wird gut sein, wenn Helmut *Rohde* hier inhaltlich kurz darauf noch einmal eingeht, weil diese Ankündigungen viel Erregung und böses Blut gemacht haben. Sie waren ja auch zu diesem Zwecke so gemacht worden.

Die auf der Tagesordnung des Plenums stehenden Beratungen gesetzlicher Regelungen im Bereich der Presse, zwei Punkte sind das, die diesmal auf der Tagesordnung stehen, zur Statistik und jene Fragen Pressefusionskontrolle[[18]](#footnote-19), gaben Anlass dazu, vom Fraktionsvorstand aus in einer Debatte der Regierung nahezulegen, nicht nur zu begründen, was völlig richtig ist, dass sie das tut und wir auch tun, warum etwa – wie es in den Bundesratsinitiativen geschieht – die Verlängerung zum Beispiel der Vorsteuerpauschale und etwa eine pauschale Aufschiebung der Postzeitungsgebühren, nicht als wirksame Unterstützung der mittleren und kleineren Tageszeitungen betrachtet werden können, sondern dass regierungsseitig bei dieser Debatte in diesen Tagen im Plenum auch erkennbar zu machen sei, in welcher Richtung konkret wirkende Maßnahmen zur Unterstützung der Pressevielfalt unter welchen Voraussetzungen angestrebt werden, dass darunter auch die Voraussetzung ist, dass die Verlegerverbände endlich herauskommen mit ihren Angaben, die sie bisher immer noch nicht abgegeben, sondern für einen etwas späteren Termin vorzulegen angekündigt haben, ist eine Sache. Nur das enthebt uns, das ist unsere Meinung, nicht der Notwendigkeit, deutlich zu machen, dass – in Klammern: mit dem Vorliegen dieser Voraussetzungen – die und die Grundgedanken dabei eine Rolle spielen.

Bezüglich der für den 30. 1. angesetzten Debatte im Plenum über die beiden Großen Anfragen zur Deutschlandpolitik besteht bis jetzt noch keine Sicherheit, ob es gegebenenfalls eine Terminänderung geben wird.[[19]](#footnote-20) Es könnte sein, das hat sich aus Koalitionserörterungen der vorigen Woche einmal als denkbar ergeben, dass aufgrund von Fühlungsnahmen, die dem Punkten nicht gelten, sondern in der Sache gelten, des Regierungschefs mit der Oppositionsführung, man die Debatten doch lieber im Februar hält. Aber zunächst bleibt es da beim 30.

Über einen Besuch, den Gerhard *Jahn* gestern in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin gemacht und in dessen Verlauf auch Gespräche mit der Personen der anderen Seite geführt worden sind, waren wir nicht nur im Bilde, sondern wir waren, nachdem uns der Ständige Vertreter im Dezember gesagt hatte, dass Herr *Leisler Kiep* diesen Besuch machen werde, dass es auch einen entsprechend etwas später liegenden des Fraktionsvorsitzenden der FDP gibt, und warum soll das eigentlich nicht sein, dass man die Ständige Vertretung, die sowieso in einer gewissen Isolierung ist aufgrund der Umstände, dass man die auch in Augenschein nimmt und dort Gelegenheit nimmt und auch gibt zu Gesprächen. Wir haben darin nichts gesehen, was problematisch wäre. Das sind weder diplomatische Verhandlungen noch sonstige Verhandlungen. Gerhard *Jahn* steht hier zur Verfügung, wenn Fragen gestellt werden. Er wird sicher einiges über diese seine Unterredungen sagen können und sagen wollen. Ich wollte hier noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir uns bemühen – im Fraktionsvorstand haben wir darüber auch inhaltlich gesprochen –, die Texte, die vorliegen aus der Bundeskonferenz zur Auswärtigen Politik, die ja getagt hat vom Freitagmittag bis Sonntagmittag, so schnell wie möglich, mindestens auch bevor die amtlichen Drucke heraus sind, allen Mitgliedern der Fraktion zugänglich zu machen noch im Laufe dieser Woche, weil sie das brauchen können für ihre eigene Orientierung und sicherlich auch aus eigenem Interesse. Das gilt für die einführende Rede des Bundeskanzlers. Das gilt für die zusammenfassende und Richtung gebende Rede des Parteivorsitzenden. Das gilt auch für die Berichte, der diesmal sehr präzisen Berichte der vier Arbeitskreise und ihrer Sprecher, die zur Diskussion gestellt worden sind, und vielleicht noch einige Texte mehr.[[20]](#footnote-21) Das war es aus dem Fraktionsvorstand. Wird das Wort gewünscht? Wenn das nicht der Fall ist, Antje *Huber*.

**Huber**: Genossinnen und Genossen, ich möchte, weil der Punkt weiter nicht auf der Tagesordnung ist, jetzt ein paar Worte zu dem Steuerproblem sagen. Hermann *Fredersdorf*[[21]](#footnote-22) war vorige Woche bei uns in einem Hearing und hat dort um Verständnis geworben für eine verbesserte Ausbildung der Steuerbeamten, an die erhebliche Besoldungsforderungen geknüpft werden. Es ist merkwürdig, dass derselbe Genosse dann ausgerechnet jetzt also zu Handgreiflichkeiten geradezu aufruft, noch ehe überhaupt irgendwas passiert ist, und vielleicht sollte man mal auf der Ebene des Parteigenossen doch noch mal da etwas mit ihm reden.[[22]](#footnote-23) Denn die große Schwierigkeit liegt gerade darin, dass uns um die Ohren gehauen wird, dass ausgerechnet ein SPD-Mitglied nun dies und jenes gerade zur Steuerreform findet, die wir gemacht haben. Zur Sache selbst –

(Unruhe.)

ja, wir wissen wie außerordentlich schwierig das ist, aber ich finde, dies ist nun ein Punkt, da ist ein gewisses Maß überschritten, das wir bisher immer toleriert haben. So kann das ja wohl nicht weitergehen. Zur Sache selbst möchte ich sagen, habe ich vorige Woche im Pressedienst und auch in PPP eine Darstellung des Problems gegeben, die die Beidverdienerehegatten betrifft, also das, was man früher als Doppelverdiener bezeichnet hat.[[23]](#footnote-24) Das Problem ist nur verlagert, indem im Jahresergebnis gar keine Verschlechterung eintritt, außer bei den sehr hoch Verdienenden. Aber die Steuer greift dadurch gerechter zu, dass sie die anfallenden Beträge bei den Steuerklassen viel eher abkassiert und keine Nachzahlung verlangt und auch keine Vorauszahlung verlangt in der Fülle der Fälle. Die Leute haben aber nach wie vor die Wahl zwischen Vier-Vier und Drei-Fünf. Man kann das also auch gestalten. Ich will das hier nicht im Einzelnen ausführen. Die »Süddeutsche« hat heute in neun Punkten zusammengefasst, an welchen Stellen bei der Steuerreform Verschlechterungen für Gruppen eintreten. Hierzu möchte ich sagen, müssen wir natürlich auch so argumentieren, dass wir niemals behauptet haben, dies sei eine Reform, die jedermann, aber auch jedermann, nur Geld und Vorteile bringt. Es kann also auch nicht die Absicht gewesen sein und darauf muss man noch mal zurückkommen und dass wir natürlich in sehr hohen Verdienstzonen auch Verschlechterungen trotzdem dann haben, und dass wir natürlich auch in allen anderen Gruppen niemals gesagt haben, sie sollen sich alle verbessern, das muss man in den Vordergrund stellen. Allerdings meine ich, dass gerade die Sache mit den Steuerklassen der Beidverdienerehegatten, dass wir hier ein bisschen stärkere Information durch das Ministerium vorab hätten haben sollen. Denn der Schrecken war sehr groß. Meine eigene Mitarbeiterin hat in diesem Monat Januar auf die Mark genau 400 Mark mehr Lohnsteuer bezahlt als im Monat Dezember und dass der Schock dadurch natürlich erheblich war, kann man sich vorstellen. Ich möchte nur sagen, das Ganze ist ein wenig reparabel, wenn man den Leuten sagt, im Jahresergebnis stehen sie sich nicht schlechter. Nur es ist auch die Frage, das war ja nicht unser Dollpunkt bei der Steuerreform, nicht unser, und es ist auch die Frage, ob das Ministerium nicht besser beraten gewesen wäre, uns zu empfehlen, den Ärger, den die Leute bei Nachzahlungen haben, ruhig zu belassen, statt den Ärger hervorzurufen, den sie jetzt haben, indem sie das gleich bezahlen müssen.

(Vereinzelter Beifall.)

**Wehner**: Sind zu diesem Punkt noch Wortmeldungen? Dann Helmut *Rohde*.

**Rohde**: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einige Anmerkungen machen zur Form der Auseinandersetzung, zur Sache und zu den Konsequenzen. Wenn ihr die Presse der letzten Monate verfolgt habt, dann habt ihr feststellen können, dass wir mit unserer Haltung, selbstbewusst Reformnotwendigkeiten zu vertreten, zunehmend die öffentliche Meinung gewonnen haben. Soweit es den Brief der Wirtschaftsverbände angeht[[24]](#footnote-25), ist es nicht das erste Mal, dass der Versuch gemacht, Berufsbildungspolitik mit dem Angebot von Ausbildungsplätzen in Verbindung zu bringen. Als ich mein Amt begann, fand ich die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages für 1974 vor, vom Anfang des vergangenen Jahres, dass ein Kollaps des gesamten Berufsbildungssystems drohe.[[25]](#footnote-26) Im Herbst wurde mir dann geschrieben, es gäbe genug Ausbildungsplätze. Es gäbe auf diesem Felde keine Probleme, und jetzt ist davon die Rede, dass man unter bestimmten Bedingungen, die man zitiert hat, zusätzlich Ausbildungsplätze anbieten könne. Ich will dazu ganz offen sagen, ich halte es für unverantwortlich, jedes Jahr mit Spekulationen über die Ausbildungsplätze Berufsbildungspolitik zu machen und damit auch die Familien und die Jugendlichen, die Ausbildungsplätze suchen, in Sorge und Angst zu versetzen.

(Starker Beifall.)

Und eine Konsequenz ziehen wir daraus schon in dem neuen Entwurf, das will ich an dieser Stelle sagen, dass nach meiner Auffassung die Bundesregierung Jahr für Jahr einen Berufsbildungsbericht vorlegen soll, in dem die Tatsachen und die vermutlichen Entwicklungen auf diesem Felde und die aus diesen vermutlichen Entwicklungen zu ziehenden Konsequenzen niedergelegt werden, damit wir anstelle der Spekulation von Interessenverbänden endlich gesichertes Material und seriöses Vorgehen über die Entwicklung der Berufsausbildung in diesem Lande kriegen. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Die öffentliche Reaktion auf den Brief der Kammern war eindeutig. Ich brauche sie hier nicht niederzulegen. Sie lässt sich in dem Satz zusammenfassen, dass niemand Verständnis dafür haben würde, aus Gründen des Opportunismus oder unter Interessentendruck Reformnotwendigkeiten des beruflichen Bildungssystems aufzugeben. Und ich sage dazu aus meiner Sicht, es darf kein Koppelungsgeschäft zwischen Sofortmaßnahmen und Reform der beruflichen Bildung zulasten dieser Reform geben.

(Beifall.)

Das ist nicht nur meine Meinung, sondern die Auffassung der Sozialdemokraten. Und der dritte Punkt zum Inhalt: Wir haben nicht unzulängliche, unzureichende Kapazitäten im beruflichen Ausbildungsbereich, sondern wir haben ungenutzte Kapazitäten, die ja offensichtlich auch der Brief ausweist. Wir haben sie nicht nur ungenutzt in Teilen der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst, einschließlich der Bundesunternehmen.

(Starker Beifall.)

Wir haben über Infas[[26]](#footnote-27) befragt, woran das liege. Die Antworten waren eindeutig. Erstens: Die ausbildenden Betriebe wollen finanzielle Hilfe und mehr Solidarität zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben. Zweiter Punkt: Sie wollen eine bessere Abstimmung der Ausbildungsinhalte zwischen Betrieb und Schule. Und dritter Punkt: Sie wollen mehr Leistungen für Berufsschulen. An diesen Schwachpunkten genau, Genossinnen und Genossen, setzt aus unserer Sicht, die in dem Ressortentwurf ihren Ausdruck gefunden hat, die Reform der beruflichen Bildung ein. Unmöglich und überhaupt kein Problem lösend wäre es, wollte man jetzt der Empfehlung nachgeben, die Qualität der Berufsausbildung zu vermindern und die Ausbildungsordnungen in ihrem Gesamtniveau herunterzuschrauben. Tatbestand ist, Genossinnen und Genossen, dass für 70 Prozent der Ausbildenden rundgerechnet überhaupt noch keine neuen Ausbildungsordnungen gemacht worden sind. Daran kann es doch offensichtlich nicht liegen. Zweiter Punkt ist, dass die Reduktion von Ausbildungsstellen am stärksten ist, wo es überhaupt keine neuen Ausbildungsordnungen gibt. Für mich auch aus erklärbaren Gründen, weil hier Berufsausbildungsinhalte und -substanzen ausgezehrt sind. Und der dritte Punkte ist, dass die neuen Ausbildungsordnungen auf die Intervention der Wirtschaft, der wirklich ausbildenden Wirtschaft und nicht der Kammerbürokratien zurückgeht und dass wir hier aus der Wirtschaft heraus die Anforderungen auf 15 neue Ausbildungsordnungen vorliegen haben. Es gibt also keine Lösung, etwa Ausbildungsqualität zu vermindern. Wenn gesagt wird, Klein- und Mittelbetriebe können nicht mehr alle Ausbildungsinhalte vermitteln, dann teilen wir diese Auffassung. Aber die Lösung ist dann nicht der bildungspolitische Weg zurück, sondern der Weg nach vorn zur Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die die Lehrwerkstättenfunktion der Großbetriebe für die Klein- und Mittelbetriebe analog übernehmen. Dafür hat die Bundesregierung 150 Millionen in diesem Jahr angeboten. Das ist die positive Alternative der Sozialdemokraten zu der Zumutung, die Ausbildungsqualität für Klein- und Mittelbetriebe zu reduzieren.

Und schließlich die Konsequenzen für das Gesamtvorgehen. Wir sagen nicht nur, Genossinnen und Genossen, weil das ja auch der Lage nicht gerecht würde, wir wollen eine Reform der Berufsbildung allein machen, sondern wir wollen diese Reform der Berufsbildung verbinden und verbinden sie auch tatsächlich mit Sofortmaßnahmen auf die nächsten Wochen und Monate ausgerichtet. Erstens gehört dazu, dass mit der Wirtschaft zusammen von der Bundesregierung aus meiner Sicht heraus klargestellt werden muss, was ihre Ausbildungskapazität ist und welche Anstrengungen sie auf diesem Felde unternehmen wird. Denn für das Angebot von Ausbildungsstellen sind nach geltendem Recht die Wirtschaftsbetriebe zuständig und die Kammern sind zuständige Stellen. Das ist nicht einfach eine Ermessensfrage, ob sie sich darum kümmert oder nicht.

Zweitens: Noch niemals zuvor in den letzten Jahren, überhaupt soweit ich mich erinnern kann, standen im Bundeshaushalt für die berufliche Bildung so viele Mittel zur Verfügung wie im Jahre 1975. Das Angebot zum Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstellen ist verfünffacht worden gegenüber dem vergangenen Jahr und im Bundeshaushalt sind die Mittel von etwa 60 bis 70 Millionen auf 215 Millionen insgesamt gestiegen. Die Wirtschaft muss klarstellen, wie sie dieses positive Angebot der Bundesregierung beurteilt, aufnimmt und in die Praxis umsetzen will. Das Kabinett wird sich morgen, in dieser Woche also, mit Sofortmaßnahmen beschäftigen. Ich kann dem heute hier nicht in allen Einzelheiten schon aus Zeitgründen vorgreifen. Aber erstens scheint es mir notwendig zu sein, dass Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Zukunft stärker Berufsausbildungsinhalte einbezieht, weil wir gerade in den wirtschaftlich schwachen Regionen ganz besonders Berufsbildungsdefizite haben. Das ist der erste Punkt. Zweitens, und das gilt auch für die Bundesunternehmen, müssen die vorhandenen Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst voll ausgeschöpft werden.

(Starker Beifall.)

Die Beschäftigtenzahl hat sich im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren stark erhöht und es kann nicht die Ausbildungskapazität da hinterherhinken. Drittens: Wir haben mit dem Arbeitsminister und dem Präsidenten der Bundesanstalt vereinbart, dass die Lohnkosten, die Lohnsummenzuschläge und die Mobilitätshilfe nach dem Konjunkturprogramm auch für den Abschluss von Ausbildungsverträgen infrage kommen werden. Viertens: Ich werde in absehbarer Zeit mit den Ländern zusammenkommen, um mit ihnen in Sonderheit zu prüfen, was sie tun können, um tunlichst Ausbildungskapazitäten für besondere Notstände in diesem Jahr für besondere Gruppen zu nutzen. Ich sehe vor allen Dingen das Problem darin, dass Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluss es ganz besonders schwer haben, in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz zu finden und hier sind tunlichst ergänzende Angebote notwendig. In der Bund-Länder-Kommission haben wir beschlossen unter unserem Einfluss als Bundesregierung, dass in den Finanzierungsausgaben von Bund und Ländern für das Bildungswesen bis 1978 die Berufsschule Priorität haben soll, einschließlich des Abbaus von Lehrermangel. In einem Sofortprogramm der Kultuspolitik der Länder muss aus dieser Prioritätsfestsetzung nach meiner Meinung jetzt auch die Konsequenz gezogen werden. Die Berufsschule kann nicht der hinterherhinkende Faktor des deutschen Bildungssystems bleiben, weil das Konsequenzen haben würde.

(Beifall.)

Schließlich werden wir mit den Wirtschaftsverbänden zu bereden haben und auch unsere Erwartungen und Anforderungen zu formulieren haben hinsichtlich der besseren Zusammenarbeit zwischen den Kammern und den Arbeitsämtern. Und schließlich kommt es darauf an, ohne dass ich das hier im Einzelnen nennen kann, das ganze Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes[[27]](#footnote-28) für die Berufsbildung der Jugend und für Berufsvorbereitung zu nutzen. Wir haben dieses Gesetz 1969 in der Erwartung gemacht, dass in Zukunft, wenn es schwierig wird, nicht nur Arbeitslosengeld gezahlt wird, sondern dass die vielerlei Bestimmungen über vorausschauende und arbeitsmarktstabilisierende Maßnahmen auch eingesetzt werden, und das muss sich jetzt bewähren.

Und eine letzte Bemerkung, Genossinnen und Genossen: Teilweise wird in der Öffentlichkeit von Hunderttausend Jugendlichen gesprochen, die arbeitslos sind. Es ist dies nicht eine Zahl von Lehrstellen suchenden Jugendlichen. Denn Jugendarbeitslosigkeit wird mindestens bis zum 20. Lebensjahr in der Statistik registriert. Der überwiegende Teil dieser Jugendlichen sucht eine Arbeitsstelle, ist also eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Aber eins will ich anmerken, meine langjährigen Beobachtungen im Arbeitsministerium haben mich, haben uns allen auch eigentlich lehren können, dass ein ganz erheblicher Teil derjenigen, die als Jugendliche arbeitslos sind, diejenigen sind, die keine geordnete Berufsausbildung aufweisen können.

(Beifall.)

Hier gibt es eine längerfristige Beziehung zwischen Berufsausbildung und Arbeitslosigkeit von jugendlichen und auch erwachsenen Arbeitnehmern. Der Grundsatz gilt, Genossinnen und Genossen, wer gute Berufsausbildung hat, kann sich auch in den Wechselfällen der Konjunktur am ehesten am Arbeitsmarkt behaupten. Schönen Dank.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Danke Helmut *Rohde*. Eine Wortmeldung CC *Schweitzer*.

**Schweitzer**: Ja, ich wollte doch nur eben Gerhard *Jahn* bitten, uns hier einen kurzen ergänzenden Bericht über seine Gespräch in Ost-Berlin zu geben.

**Wehner**: Das war angekündigt. Frage, ob er das jetzt machen soll oder dann im Zusammenhang mit Aktuellem aus den Arbeitskreisen und Informationen.

(Zwischenruf.)

Ist gut.

[C.]

**Wehner**: Denn wir haben jetzt vor uns, wenn nicht weitere Fragen zu dem Bericht aus dem Fraktionsvorstand gestellt werden, den Bericht Alex *Möllers* zum Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft[[28]](#footnote-29). Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

**Möller**: Genossinnen und Genossen, wenn wir zu diesem Thema Stellung nehmen, müssen wir davon ausgehen, dass der Berliner Haushalt nur zu 26 Prozent mit Steuereinnahmen gedeckt werden kann, dass also alles Übrige durch Bundeshilfen erfolgt, durch Barleistungen und durch das Berlin-Förderungsgesetz. Wir haben im Jahre 1969 mit dem Berliner Senat und der Berliner Partei vonseiten der Bundestagsfraktion eingehende Gespräche über den Wirkungsgrad des Berlin-Hilfegesetzes geführt und dieses Thema hat am 8. März ’69 auf dem Berliner Parteitag eine Rolle gespielt. Der Referent der Bundestagsfraktion hat dabei erklärt, dass eine im Herbst unter sozialdemokratischer Führung gebildete Bundesregierung sich dieses Themas besonders annehmen würde unter Berücksichtigung der Berliner gravierenden Erfahrungen. Am 22. Oktober erfolgte dann die Vereidigung der Regierung Willy *Brandt* und am 25. Oktober fanden hier in Berlin die ersten Verhandlungen statt über die Wünsche des Senats hinsichtlich der Änderung des Berlin-Hilfegesetzes und einer wirkungsvollen Umstellung auf ein Berlin-Förderungsgesetz. Es bestand zwischen den Gesprächspartnern hier in Berlin Übereinstimmung, dass die damaligen Berlin-Hilfemaßnahmen die Wirtschaftskraft Berlins nicht in optimaler Weise verstärken konnten, und diese Feststellungen betrafen vor allen Dingen erstens die umsatzsteuerliche Begünstigung Berliner Lieferungen und zweitens die steuerliche Förderung der Arbeitnehmer. Im ersten Fall – der Umsatzsteuerpräferenzen – hatte ich herausgestellt, dass die Umsatzhöhe als alleinige Bemessungsgrundlage nicht ausreichend sein konnte und dass vor allen Dingen der Maßstab der Wertschöpfung fehlte. Wertschöpfung ist die Differenz zwischen dem Wareneinsatz beziehungsweise dem Materialverbrauch und dem Verkaufspreis und es hatte sich als Erfahrung herausgestellt, dass in großem Umfang Unternehmer in der Bundesrepublik von diesen Berlin-Präferenzen Vorteile hatten, denn bis zu 90 und 95 Prozent wurde die Ware in der Bundesrepublik hergestellt, dann nach Berlin geleitet, hier hat irgendein Unternehmen dann letzte Hand angelegt und auf diesen so entstandenen Endpreis gab es dann die Vergünstigung von 4,2 Prozent, genauso als wenn ein Berliner Unternehmer das gesamte Produkt durch eigene Arbeit herstellte. Er bekam dann auch nur die gleiche Präferenz, trotzdem für die Berliner Wirtschaft und für die Lebensfähigkeit Berlins natürlich diese Unternehmer sehr viel eher Anspruch darauf erheben müssen, eine solche Begünstigung zu erfahren. Also kamen wir zu dem Ergebnis, dass die Umsatzhöhe als alleinige Bemessungsgrundlage nicht mehr verwertet werden könne, dass vor allen Dingen wichtig sei, die Berliner Wertschöpfung als Maßstab in die Berechnungsgrundlagen einzubeziehen.

Im zweiten Fall waren Lohnsteuerpräferenzen in ihrer Höhe zu wenig überschaubar und sie berücksichtigten den Familienstand des Arbeitnehmers völlig ungenügend. Nach eingehenden Verhandlungen und schwierigen Konsultationen hier in Berlin hat dann die Bundesregierung am 13. April 1970 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Vorschläge zu einer weitgehenden Neugestaltung und Neuorientierung der Umsatzsteuerpräferenzen sowie der steuerlichen Arbeitnehmerförderung enthielt und Anlass gab, das Berlin-Hilfegesetz künftig als Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft – Berlin-Förderungsgesetz – zu bezeichnen.[[29]](#footnote-30) Sehr schwierig war der Versuch, und zwar der konstruktive Versuch, einer strukturell verbessernden Neuordnung der Umsatzsteuerpräferenzen, von dem in einem Abschlussbericht festgestellt wurde: hier handelt es sich um einen bemerkenswerten Weg und um Ergebnisse, die Theorie und Praxis gemeinsam gefunden haben.

Heute muss hinzugefügt werden, dass das 1970 weiterentwickelte, dann sehr kompliziert aussehende Präferenzsystem des Bundes für Berlin die Bewährungsprobe recht bald und überzeugend bestehen konnte, nicht zuletzt weil nun auch die Innenumsätze in Berlin präferenziert wurden und dadurch erhebliche Missstände abgebaut werden konnten. Einfacher waren die Strukturänderungen in dem zweiten großen Bereich, der Lohnsteuerpräferenzen. Hier hatte bisher eine degressiv gestaffelte Arbeitnehmerzulage mit einem monatlichen Höchstbetrag von 45 D-Mark und dem Ergebnis, dass bei gleichem Bruttolohn der Ledige sehr viel stärker begünstigt wurde als der Verheiratete oder gar der Verheiratete mit Kindern. Wir haben uns hier sehr schnell auf das Prinzip eines einheitlichen und steuer- und sozialabgabefreien Satzes als Zulage geeinigt. Die Zulage beträgt acht Prozent und wir waren uns auch darüber einig, dass die Arbeitnehmerzulagen ihren für Berlin beabsichtigten Zweck, nämlich Zuwanderung von Arbeitnehmern, nur erfüllen konnte, wenn man auch eine Kinderzulage einbaut und diese Kinderzulage beträgt nach der Neuregelung pro Kind 22 D-Mark und hat mit dem neuen Institut des Familienlastenausgleichs natürlich nichts zu tun, sondern läuft nach wie vor unter dieser Arbeitnehmerpräferenz. Es ist so, dass auch der hier ausgeschüttete Betrag von acht Prozent auf den Bruttolohn plus 22 Mark pro Kind auf dem Lohnzettel gesondert ausgewiesen werden muss, sodass jeder Arbeitnehmer erkennen kann, dass nicht der Arbeitgeber diesen zusätzlichen Betrag zur Verfügung stellt, sondern dass aufgrund des Berlin-Förderungsgesetzes es sich hier um eine besondere Leistung der öffentlichen Hand gegenüber den in Berlin tätigen Arbeitnehmern handelt.

Ich muss hier die Frage stellen, die ich ja schon in dem Artikel im Sozialdemokratischen Pressedienst versucht habe zu beantworten, wie ist die Zäsur für eine solche sehr schwierige Umstellungsarbeit, wie sie von uns vorgenommen worden ist?[[30]](#footnote-31) Wobei wir nicht übersehen sollten, dass am 25. Oktober ’69 die ersten Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Senat erfolgten, am 13. April 1970 aber schon die Vorlage eines sehr umfangreichen und komplizierten Gesetzentwurfs erfolgt ist und am 23. Juni 1970 die Veröffentlichung dieses Berlin-Förderungsgesetzes im Bundesgesetzblatt erfolgen konnte.[[31]](#footnote-32) Aus unseren Erfahrungen bei der Einbringung und Bearbeitung von Gesetzentwürfen können wir sicher alle bestätigen, dass wir hier in sehr kurzer Zeit dieses neue Hilfswerk für die Stadt Berlin, für die Berliner Wirtschaft und für die Berliner Arbeitnehmer haben durchführen können.

In einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es am 19. September 1974: Ziel des Berlin-Förderungsgesetzes ist es, längerfristige Nachteile, die sich aus der besonderen Lage Berlins ergeben, auszugleichen.[[32]](#footnote-33) Die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen haben sich insgesamt gesehen bewährt. Sie haben sich als wirksame Hilfe für die Einwohner Berlins und für die Berliner Wirtschaft erwiesen. Selbstverständlich hat dieses Gesetz auch bei dem Gespräch, das der Bundeskanzler am 16. Dezember ’74 über Sicherung und Ausbau der Berliner Wirtschaft in Berlin geführt hat, eine Rolle gespielt. Der Senator für Wirtschaft, Genosse Karl *König*, hat dabei erklärt, von einer allgemeinen Verstärkung der Berlin-Förderung können nach Lage der Dinge zusätzliche wirtschaftliche Impulse kaum erwartet werden. Die Karte der Berlin-Präferenzen ist, zumindest was den quantitativen Umfang angeht, im Wesentlichen – vielleicht mit Ausnahme einer verstärkten Förderung überregionaler Dienstleistungen – ausgereizt. Das ist also eine Aussage unseres Parteifreundes *König*. Aber ich möchte die Aussage des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer[[33]](#footnote-34) hinzufügen, der sich bei der Darstellung der Berliner Verhältnisse in der Bewertung des Berlin-Förderungsgesetzes wie folgt geäußert hat: »Wir halten die Berlin-Förderung alles in allem für richtig konstruiert. Abstriche sind nicht möglich. Es braucht aber auch im Augenblick nicht mehr getan zu werden. Darin stimme ich mit Herrn *König* völlig überein.« Das ist ein Urteil, das am 16. Dezember 1974 von dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer formuliert worden ist, und ein Urteil, dessen Wert von niemandem – auch nicht in den Wochen des Wahlkampfes – bestritten werden kann.

Ich wiederhole noch mal, dass die Berlin-Hilfe besteht in Barleistungen an Berlin und in Steuerverzichten des Bundes und der Länder aufgrund des Berlin-Förderungsgesetzes. Ich möchte hier der Fraktion die Zahlen doch nennen, die durch die Steuerverzichte des Bundes und der Länder aufgrund des Berlin-Förderungsgesetzes festzustellen sind. Im Allgemeinen bin ich nicht der Meinung, dass man Maßnahmen zugunsten Berlins mit dem finanzwirtschaftlichen Aufwand in Zahlen ausgedrückt begleiten sollte. Das ist eine Sache, die der internen Erörterung bedarf, die sich aber nicht für eine öffentliche Plakatierung eignet. Der gesamte Steuerausfall zum Ausgleich der Standortnachteile für Berlin muss bei Bund und Ländern, und hier hält natürlich Berlin auch als Stadtstaat mit, für 1974 mit 4,3 Milliarden D-Mark angesetzt werden. Der Bund trägt von diesen 4,3 Milliarden D-Mark 53 Prozent. Es entfallen auf Umsatzsteuer, also auf den eigentlichen Wirtschaftsbereich, eine Milliarde 670 Millionen und das im Jahre 1974, auf Einkommen- und Körperschaftsteuer im Unternehmerbereich der Betrag von 880 Millionen und auf Einkommen- und Lohnsteuer im Arbeitnehmerbereich – das sind also die Arbeitnehmerpräferenzen, die ich eben dargestellt habe – eine Milliarde 790 Millionen. Die gesamten Steuerausfälle für diesen Bereich des Berlin-Förderungsgesetzes machen also für das Jahr 1974 vier Milliarden 340 Millionen aus.

Ich darf noch hinzufügen, dass wir ja am 13. Dezember 1974 kurz vor dem Besuch des Bundeskanzlers hier in Berlin das Einführungsgesetz zum Einkommensteuergesetz verabschiedet haben[[34]](#footnote-35), das einige Vergünstigungen für Berlin enthält, aber das in einem Punkt als besonders bedeutsam angesehen werden muss, denn hier ist die Verschiebung des Inkrafttretens der sogenannten Mindestwertschöpfungsklausel um ein weiteres Jahr festgelegt worden, nämlich vom 31. Dezember ’74 auf 31. Dezember 1975. Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, dass auch Betriebe, deren Wertschöpfung unter zehn Prozent liegt, im Jahre 1975 noch in den Genuss von Steuerpräferenzen auf dem Gebiet der Umsatzsteuer kommen. Man sollte das auch in diesem Wahlkampf nicht übersehen, weil damit verhindert worden ist, dass in der schwierigen gegenwärtigen Konjunkturlage ein zusätzliches Beschäftigungsrisiko für Berliner Arbeitnehmer eintritt. Genossinnen und Genossen, ich verweise auf eine Veröffentlichung in der »Wirtschaftswoche« vom 17. Januar 1975.[[35]](#footnote-36) Wenn man uns und unseren Darstellungen über den Wirkungsgrad des Berlin-Förderungsgesetzes keinen Glauben schenken will außerhalb der SPD und außerhalb unserer Anhänger und Freunde, dann soll man sich diese »Wirtschaftswoche« vom 17. Januar 1975 kaufen. Dort ist ab Seite 24 ein Artikel mit Tabellen und Zahlenmaterial veröffentlicht worden, der sich mit der Unterstützung der Berlins beschäftigt unter dem allerdings etwas eigenartigen Titel »Für Zittern und Aufzucht«, aber dann doch mit eingehendem und überzeugendem Material. Der Artikel beginnt mit dem Satz: »Es lohnt sich wieder, einen Koffer in Berlin zu haben«, und »die wirtschaftliche Lage zwischen Spree und Havel sieht tatsächlich rosiger aus als in der Bundesrepublik«. Das hier veröffentlichte Material dürfte für weitere Auseinandersetzungen hier in Berlin und für die Beweisführung, dass Bundesregierung und Koalition alles getan haben, um in vernünftiger Weise Präferenzen für Berlin zur Wirkung kommen zu lassen, doch für alle überzeugend ausfallen.

Ich darf meine Ausführungen schließen mit einem Zitat des Mannes, dem das größte Verdienst am Zustandekommen des Berlin-Förderungsgesetzes und seinem hohen Wirkungsgrad zuzusprechen ist, unserem verstorbenen Freund Klaus Dieter *Arndt*. Er hat bei der Einbringungsrede im Deutschen Bundestag als Parlamentarischer Staatssekretär festgestellt: »Diese Vorlage ist erstens wachstumsbezogen, zweitens sozial gerecht und dient drittens der Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Berlin. Für diese Summe an wichtigen Ergänzungen und Verbesserungen kann man sich erlauben, das Wort Reformwerk zu verwenden. Als ein Reformwerk hat es die Bundesregierung nun auch nicht mehr Berlin-Hilfegesetz nennen wollen, sondern Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft. Kein Akt der Hilfe, kein Akt der Karitas für die Menschen in Berlin, sondern Förderung eines wirtschaftlichen Zentrums.«[[36]](#footnote-37) Ich finde, das ist die richtige Wiedergabe der Formulierung und der Wirkungen dieses Gesetzes und die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat jedenfalls gestern durch die Beratungen des Arbeitskreises V – Öffentliche Finanzwirtschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie alles tun wird, um Verschlechterungen des Berlin-Förderungsgesetzes zu vermeiden, aber nach wie vor bereit ist, alles zu tun, was als Ergänzung, als notwendige Ergänzung und Verbesserung anzusehen ist.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Danke Alex *Möller*. Wird das Wort gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein.

[D.]

**Wehner**: Dann rufe ich auf den nächsten Punkt, Aktuelles aus den Arbeitskreisen, Kurt *Mattick*.

**Mattick**: Liebe Genossinnen und Genossen, der Arbeitskreis I hat gestern in einer Sitzung gemeinsam mit dem bezüglichen Arbeitskreis der Berliner Abgeordnetenhausfraktion getagt und hat sich von Dieter *Stobbe*[[37]](#footnote-38) einen Bericht geben lassen über die Erfahrungen seit dem Abschluss des Grundvertrages und der Vierer-Vereinbarung. Zur Einleitung habe ich mir erlaubt, einige Bemerkungen zu machen mit dem Hinweis auf den Außenpolitischen Kongress, der am Wochenende in Bonn getagt hat[[38]](#footnote-39). Bemerkungen nur, die sich unmittelbar auf unser Thema bezogen, und ich möchte hier davon einige Bemerkungen widergeben, Genossen. Es ist bekannt, dass wir auf diesem Kongress eine Diskussion geführt haben auch mit Vertretern anderer Nationen, unter anderem mit einem Vertreter der Sowjetunion, dem Direktor des Instituts für Weltwirtschaftsfragen und internationale Beziehungen, Herr *Inosemzew*, und mit dem Direktor des Instituts für internationale Beziehungen in Warschau, Professor *Dobrosielski* und ich kam zu der Feststellung, die wir in der Aussprache im Ost-West-Ausschuss selbst gemacht haben, dass bei Auseinandersetzungen um die deutschen Fragen und die Schwierigkeiten, die noch vorhanden sind, die Frage Berlin nicht mehr im Mittelpunkt stand, ja eigentlich gar keine Bedeutung mehr hatte. Wir konnten dazu feststellen, dass Berlin für die Vertreter der Sowjetunion, den Vertreter Polens ein Vorgang ist, der durch die Vereinbarungen und den Grundvertrag für sie abgeschlossen ist und anerkannt ist. Die Differenzen, die wir auszutragen haben, werden nur noch an den Reibungen mit der DDR-Führung gemessen. Insofern haben wir einen Abschnitt erreicht, der bei dieser Konferenz erstmalig in dieser Deutlichkeit festgestellt werden konnte. Genossinnen und Genossen, ich empfehle in diesem Zusammenhang, die Rede von Willy *Brandt* nachzulesen und sich die sieben Punkte anzusehen, die er in diesem Zusammenhang am Abschluss seiner Rede für unsere Fortsetzung der Außenpolitik festgestellt hat. Ich glaube, sie sind wertvoll, bei den nächsten Diskussionen verwendet zu werden. Der Punkt 5 lautet und der hat sich für uns ja gestern auch bestätigt: Die schon in wenigen Jahren greifbaren Ergebnisse der Ostpolitik müssen dargelegt werden. Sie lassen keinen Zweifel, dass Entspannung und sachliche Zusammenarbeit für uns weiterhin einen hohen Stellenwert haben.

Genosse *Stobbe* hat uns gestern in dieser Sitzung einen Überblick gegeben über die Erfahrungen mit dem Grundvertrag[[39]](#footnote-40) und mit der Vier-Mächte-Vereinbarung[[40]](#footnote-41). Wir kamen zu der gemeinsamen Feststellung, dass Vorteile und Nachteile keinen Zweifel zulassen an der Richtigkeit und an der Alternativlosigkeit unserer Politik. Genosse *Stobbe* hat an einigen Beispielen die nächsten Aufgaben klargelegt, die im Zusammenhang mit dem Angebot der DDR zu sehen sind. Wir haben diskutiert über die Frage der Transportwege nach Berlin und uns berichten lassen, was es bedeutet, wenn der Teltow-Kanal geöffnet wird, was es bedeutet, wenn der angebotene Straßenausbau erfolgt und wenn der angebotene Ausbau des Eisenbahnverkehrs erfolgt. Darf ich ein Beispiel nehmen? Nach Berlin kommen täglich 60 Transportschiffe über die Wasserstraßen herein. Bei Öffnung des Teltow-Kanals würde jedes Schiff einen Tag sparen bei der Einfahrt nach Berlin. Jeder kann sich ausrechnen, was das bedeutet.

Wir haben eine Aussprache gehabt, Genossinnen und Genossen, über die Situation, in der wir uns befinden, wenn wir uns vor Augen halten, dass uns die CDU fast jede Woche einmal im Deutschen Bundestag mit Kleinlichkeiten und Schwierigkeiten attackiert, als ob wir – die Bundesregierung mit ihrer Politik – die tragende Schuld hat an den Kleinlichkeiten und Schikanen, die von der DDR noch ausgeübt werden. Und die allgemeine Auffassung war, wir sollten dazu übergehen, uns mehr und sachlich mit der DDR-Führung auch vorm Plenum des Bundestags auseinanderzusetzen über Probleme, die anstehen, über Schwierigkeiten, die es gibt, der DDR klar auseinandersetzen, ohne Polemik auseinandersetzen, wie wir die Dinge einschätzen und an der CDU vorbei uns da mit unseren Problemen auseinandersetzen und aus der Verteidigung noch mehr herauskommen, als wir es zurzeit sind. Wir haben überprüft, ob es angebracht wäre, in dieser Situation eine mündliche Anfrage einzubringen, die unter Umständen in einer Aktuellen Stunde enden könnte, über die gegenwärtigen Probleme der Berlin-Frage. Wir sind zu der Auffassung gekommen, dass wir es im Arbeitskreis noch einmal prüfen sollten und davon abhängig machen sollten, ob in der nächsten Woche nunmehr die Aussprache über die beiden Großen Anfragen stattfindet. Wenn nicht, würden wir der Frage nähertreten, mit einer Aktuellen Stunde uns selbst eine Gelegenheit zu suchen, mit der CDU die Auseinandersetzung auf der Ebene – wie ich es eben gesagt habe – zu führen.

Ich möchte noch eine Schlussbemerkung machen. Wir haben über dieses Interview von *Gaus* gesprochen.[[41]](#footnote-42) Ich will darauf jetzt nicht eingehen, aber unsere Schlussfolgerung möchte ich gerne sagen. Wir haben empfohlen und das möchte ich hier auch weitergeben, wir haben empfohlen, dass so viele Genossen so oft wie möglich die Gelegenheit benutzen sollen, nicht nur Herrn *Gaus*, sondern auch die Pressevertreter, die Journalisten, die jetzt drüben ihren offiziellen Sitz haben, zu besuchen. Und ihr werdet alle, die ihr dann Gespräche mit denen habt, ich meine jetzt mit den Westdeutschen und Westberlinern, die neuerdings sich in der Lage befinden, in Ost-Berlin zu wohnen und einen großen Teil ihres Lebens dort zu verbringen, ihr werdet feststellen, dass mit dieser Umgebung, die die erleben, die Gespräche mit denen einen ganz anderen Verlauf haben, als sie früher in Westberlin gehabt haben. Und insofern glaube ich, dass der Kontakt von West zu Ost von uns weiterentwickelt werden muss, das Gespräch, das auch über diese jetzigen westlichen Vertreter in Ost-Berlin dann auch mit Ost-Berliner Bürgern verstärkt werden kann, dass wir zu anderen Erkenntnissen kommen und damit unsere späteren Diskussionen wahrscheinlich auf sehr realistischerer Ebene noch führen, als das bisher der Fall war. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Danke. Gibt es dazu Fragen? Keine Meldungen. Als Nächster Karl *Liedtke*.

**Liedtke**: Genossinnen und Genossen, das Problem der inneren Sicherheit in Berlin lässt sich nach einem Bericht Kurt *Neubauers* folgendermaßen zusammenfassen: Erstens: Im Berliner Wahlkampf spielt das Problem ein primäre Rolle, reduziert oder formuliert etwa: Wie sicher sind die Straßen in Berlin? Ich denke, diese Strategie wird in den beiden vor uns liegenden Wahljahren in der ganzen Bundesrepublik von uns zu beachten sein, von der Opposition aus.

Zweitens: Die allgemeine Kriminalstatistik Berlins sieht folgendermaßen aus. 1973 erstmals nach dem Kriege ein leichter Rückgang in der Statistik. 1974 wieder ein Anstieg mit den Schwerpunkten Straßenraub und Verkehrsdelikte. Zur Verdeutlichung: der Anstieg in Berlin beträgt von Drei[undsiebzig] auf [19]74 4,9 Prozent. An der Spitze aller Bundesländer liegt Baden-Württemberg mit 12,9 Prozent, Bayern mit neun und so weiter. Ich schaue Fritz *Schäfer* diesmal nicht an. Kurzum, Berlin liegt an der unteren Grenze.

Dritte Bemerkung: Eine länger angelegte Untersuchung in Berlin zu dem Spezialthema Ausländerkriminalität hat zu dem Ergebnis geführt, dass die Ausländer nicht besser und nicht schlechter sind als die Einheimischen. Das Ergebnis ist: keine ins Auge fallenden Unterschiede, weder in der Menge noch in der Art der Kriminalität.

Viertens: Ein Spezialproblem in Berlin, das uns nicht ganz unberührt lässt, weil Zirndorf zwischen den Ländern als Ausländeraufnahmelager in der Verteilung immer noch nicht funktioniert, ist Folgendes: Die Zahl der arabischen Flüchtlinge, die über Ost-Berlin bequem hineinkommen, ist hier sprunghaft angestiegen. Arabische Asylsuchende in Westberlin sind etwa 2 000 zurzeit. Die zweite Seite ist, dass jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion entweder gleich in Berlin bleiben in zunehmendem Maße oder auch von Israel wieder zurückkommen, etwa fünf- bis sechshundert zurzeit. Die Sorge der Berliner ist, die mögliche Sorge für die Zukunft, dass die Spannungen im Nahen Osten zu einer Konfrontation dieser Gruppen bei dieser Anhäufung in Westberlin führen könnten.

Fünfte Bemerkung: Die politisch motivierte Kriminalität ist in Westberlin erfreulich zurückgegangen bis bedeutungslos. a) Demonstrationen mit kriminellen Ausschreitungen gibt es kaum noch. Die verlaufen durchweg friedlich. Anschlussdemonstrationen finden selten statt. b) Die Polizeisorgen an den Universitäten haben sich reduziert. Das heißt nicht, dass die Universitätssorgen sich verringert haben, lediglich das Einschreiten der Polizei ist kaum noch notwendig. c) Zum Mordfall, Mord an unserem Genossen [*von*] *Drenkmann*[[42]](#footnote-43) hat Kurt *Neubauer*[[43]](#footnote-44)folgendermaßen formuliert: Es gibt keine weiteren zu veröffentlichenden Erkenntnisse. Unsere Situation ist im Augenblick, den vermutlichen Tätern nachzuweisen, dass sie es waren. Zur Erläuterung: Der Mordfall *Schmücker* hier in Berlin, dort haben Extremisten ihren eigenen Mann ermordet.[[44]](#footnote-45) Im Nachhinein wusste man am nächsten Tag, wer der Täter war[[45]](#footnote-46). Die Beweisführung, die zur Festnahme und zur Verurteilung dann führte, hat erhebliche Zeit in Anspruch genommen.

Letzte Bemerkung: Die Berliner Polizei ist in einem großen Reformprozess begriffen, den man beschreiben könnte: auf der einen Seite Konzentration in Organisationsstruktur, die sich so ausdrückt, dass aus zwölf Polizeibezirken fünf Direktionen gemacht werden, dass aus etwas über 120 Revieren nur 34 Abteilungen gemacht werden. Konzentration, Entfernung vom Bürger, wenn man will. Pendant dazu, dass man 1 000 Beamte mit einer Sonderausbildung zu sogenannten Kontaktbereichsbeamten macht, die einen kleinen umgrenzten Wohnbezirk persönlich zu betreuen haben, die sich beim Bürger vorstellen: ich bin täglich für dich erreichbar. Deren Dienststelle praktisch der Bürger ist und die durch ein Funkgerät mit den Polizeidienststellen verbunden sind. Ich denke, dass wir Kurt *Neubauer* und den Berlinern viel Erfolg für diese Reform wünschen dürfen.

(Beifall.)

**Wehner**: Gibt es dazu Fragen? Offenbar nicht. Dann Nächster: Hans-Jürgen *Junghans*.

**Junghans**: Genossinnen und Genossen, der Arbeitskreis Wirtschaftspolitik hat sich mit den umfangreichen Fragen zur Wirtschaftslage in Berlin und damit zusammenhängenden Fragen beschäftigt. Wir haben einen Bericht bekommen von Senator *König*, ergänzt durch weitere Ausführungen seiner Mitarbeiter erstens über die allgemeine Wirtschaftslage in Berlin, zweitens die Energieversorgung der Stadt Berlin, drittens Consultingfirmen in Berlin, viertens Verkehrskonzeption Berlin erste Phase und fünftens hat Ernst *Haar* berichtet über den erweiterten Verkehrswegeplan Zonenrand Berlin. Zur allgemeinen Wirtschaftslage hat der Regierende Bürgermeister hier schon einige Anmerkungen gemacht. Ich möchte das ergänzen. Es ist festgestellt worden, dass der Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes mit zweieinhalb Prozent im Jahre ’74 höher lag als in der Bundesrepublik. In Berlin war eine größere Arbeitsproduktivität, ein größerer Zuwachs zu verzeichnen als in der Bundesrepublik und die Arbeitsmarktlage ist günstiger. Im Übrigen sind auch die Investitionen hier weniger zurückgegangen als in der Bundesrepublik und man muss hier anmerken, dieses trotz der besonderen Standortbedingungen – Insellage – Berlins. Wir haben dieses auf einige Ursachen zurückzuführen unter anderem. Ich meine, hier muss man anmerken, dass hierbei auch die Früchte des Berlin-Förderungsgesetzes zu sehen sind, dass hier in den Jahren – und wer früher mal in Berlin war in den fünfziger Jahren, wird das hier angenehm verzeichnen müssen, dass wir hier eine günstige Wirtschaftsstruktur haben, ich meine sogar eine etwas günstigere als in verschiedenen Ballungszentren der Bundesrepublik. Ferner muss angemerkt werden, dass aufgrund dieser Wirtschaftsstruktur die Berliner Wirtschaft nur etwa mit 15 Prozent ihrer Erzeugnisse am Export beteiligt ist. Zwei Drittel aller Lieferungen der Berliner Wirtschaft gehen nach Westdeutschland, in die Bundesrepublik. Hierbei ergeben sich auch für die Zukunft jetzt in ’75 günstige Aussichten, denn das Konjunkturprogramm der Bundesregierung sieht ja eine Umsteuerung vor, das heißt aus der Auslandsnachfrage mehr Binnennachfrage zu machen. Das ist der Sinn des Konjunkturprogramms im Wesentlichen gewesen und daraus ergeben sich für die Berliner Wirtschaft auch in ’75 außerordentlich günstige Chancen, das heißt noch bessere Chancen als in der Bundesrepublik Deutschland und dieses muss genutzt werden. Ferner ist auch als Drittes anzumerken, dass die günstige Wirtschaftslage natürlich auch aus den positiven Auswirkungen des Vier-Mächte-Abkommens[[46]](#footnote-47) resultiert. Genossinnen und Genossen, eines ist hier noch als bezeichnend herauszustellen. Die Berliner Wirtschaft ist im Jahre ’75 noch angewiesen, wenn sie ihr wirtschaftliches Wachstum halten will und das, was sie erreicht hat, in ’75 zumindest halten will, noch angewiesen auf 25 000 Zuzüge aus der Bundesrepublik Deutschland, also deutsche Facharbeiter und deutsche Fachkräfte. Das ist bezeichnend, dass das auch noch für ’75 gilt.

Genossinnen und Genossen, es ist auch anzumerken, und dafür muss man dem Berliner Senat Anerkennung aussprechen, dass er auf vielen Feldern der wirtschaftlichen Aktivität auch mit seinem Haushalt bestens dagegengehalten hat, zum Beispiel beim Staatsverbrauch, um die Stabilität der Berliner Wirtschaft zu halten. Ich meine, man sollte anerkennen, dass gerade der Berliner Senat in dieser schwierigen weltwirtschaftlichen Situation, in dieser schwierigen konjunkturpolitischen Situation auch in der Bundesrepublik Deutschland sich hier so gut, ich möchte sagen mit kleinem Abstand sogar besser halten können. Dafür gebührt dem Berliner Senat Anerkennung.

(Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen, noch einige Anmerkungen zur Energieversorgung der Stadt Berlin. Ich möchte hier anmerken, das ist wichtig, auch festzustellen, hier geht es nicht um Fragen der Versorgungssicherheit, es gibt hier auch keine abweichenden Probleme nach der Energiekrise, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben. Im Gegenteil, man muss feststellen, dass die Berliner Energieversorgung ja immer schon mit sehr teurer Energie hat umgehen müssen und deswegen auch in der Fernwärmeversorgung, in der Koppelung der Kraftwärme mit Heizwärme hier vorbildlich in der Vergangenheit gewesen ist. Wir haben über die Stromversorgung, aber auch über Erdgas und über die Versorgung mit Mineralölprodukten gesprochen. Berlin hat zurzeit sieben Kraftwerke, die mit all dem Drum und Dran an installierter Leistung bis 1983 reichen würden. Auch über 1983 wäre ein technischer Ausbau der Kraftwerke zur Stromversorgung möglich. Bei dem russischen Stromversorgungsprojekt mit Kernenergie, über das wir uns auch besonders unterhalten haben, geht es deshalb nicht in erster Linie um Versorgungssicherheitsprobleme, sondern auch Fragen, kostengünstige Energie nach Berlin zu bekommen und auch um die Frage der Anbindung Berlins an den westdeutschen Stromverbund. Ich möchte also wiederholen: Es geht hier nicht um die Versorgungssicherheit, sondern um den Bezug von kostengünstiger Energie.

Im Zusammenhang auch mit der Wirtschaftsförderung ist wichtig der dritte Punkt, die Consultingfirmen in Berlin. Mit direkter und indirekter Beteiligung des Senats sind fünf solcher Firmen gegründet, eine ist in Gründung und zwei weitere sind geplant. Hierbei geht es, das hat der Regierende Bürgermeister schon gesagt, im Wesentlichen darum, ein neues Feld wirtschaftspolitischer Aktivität hier zu eröffnen, auszubauen, nämlich um die Förderung der überregionalen Dienstleistungen. Wobei es hierbei im Wesentlichen darauf ankommt, dass – ich will das mal so sagen – potente Knowhow-Träger aus der Bundesrepublik hier mit eingebunden werden, also große Firmen, die über das technische Knowhow verfügen, mit dem man dann weitere Planungen für andere Drittländer auch im Ostblock hier machen kann. Es sind, ist hier auch schon drauf hingewiesen worden, zwei Arbeitsgemeinschaften nach der Konferenz im Dezember des Bundeskanzlers mit der Berliner Wirtschaft gebildet worden und eine dieser Arbeitsgemeinschaften wird sich gerade mit dieser Förderung der überregionalen Dienstleistungen, der Verstärkung und der Forschung, der Übernahme technischen Knowhows besonders beschäftigen. Genossinnen und Genossen, über die Fernverkehrskonzession ist hier auch schon berichtet worden. Hier geht es um die erste Phase, das heißt um die Verkürzung der Fahrtzeiten und Frachtwege. Aber ich möchte sagen, hier geht es um Fragen, wie das unter der Voraussetzung einer normalen politischen Entwicklung verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll wäre. Ich möchte auch die beiden Worte wirtschaftlich und verkehrlich sinnvoll besonders abheben. Das heißt, es geht nicht um Wolkenkuckucksheime, sondern hier geht es bei der Planung in der zweiten Phase in erster Linie auch um die wirtschaftliche und verkehrliche Betrachtung dieser Probleme. Das heißt, Kosten und Nutzen müssen hier im Vordergrund aller Überlegungen stehen. Alles andere wäre illusionär. Wir haben dabei die Senatsdrucksache 6/1423 behandelt[[47]](#footnote-48), die ja in einer Arbeitsgruppe zwischen dem Bundesverkehrsminister und Berliner Senat weiterbehandelt wird und die auch der Regierung der DDR über die Bundesregierung zugestellt worden ist. Die Verhandlungen hierüber führt die Bundesregierung. Im fünften Punkt berichtete Ernst *Haar* über den erweiterten Verkehrswegeplan Zonenrand Berlin. Hier vielleicht auch eine Anmerkung, die auch wichtig ist, weil viele Genossen manchmal auch bei Anfragen aus dem Zonenrandgebiet über die Modalitäten nicht genau Bescheid wissen. Der Verkehrswegeplan Berlin und Zonenrand hat eine besondere Bedeutung, weil hier die sogenannten verkehrlichen Schwellenwerte erheblich niedriger sind bei einer Einstufung in Dringlichkeiten als anderswo. Insoweit sind die besonderen Bedingungen im Verkehrswegeplan schon berücksichtigt worden. Wir werden diesen erweiterten Verkehrswegeplan Zonenrand Berlin insbesondere auch in die Debatte und in die Beratung über das vierte Rahmenprogramm der regionalen Wirtschaftsförderung einbeziehen müssen.

Genossinnen und Genossen, ich möchte abschließend dem Herrn Senator *König* und seinen Mitarbeitern danken für die Informationen, aber auch nochmals die Anerkennung aussprechen, dass sie in den schwierigen wirtschaftlichen Zeitläufen die Berliner Wirtschaft auf so einem hohen Stand gehalten haben, und ich hoffe, dass die Bemühungen, diesen Stand noch zu verbessern, auch in den Jahren ’75, ’76 anhalten werden. Recht herzlichen Dank.

(Beifall.)

**Wehner**: Danke Hans-Jürgen *Junghans*. Gibt es Fragen? Keine. Dann kommen wir zu Punkt 5 und ich gebe zunächst das Wort Gerd *Jahn*, dann noch mit der Frage *Schweitzer* und der Ankündigung.

**Jahn**: Genossinnen und Genossen, Günter *Gaus* hatte schon vor einiger Zeit darum gebeten, dass, wenn einmal eine Gelegenheit dazu bestünde, ich doch einen Besuch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin machen sollte. Wir haben uns im Dezember mit Blick auf die heutige Fraktionssitzung und die damit verbundenen Termine hier dahin verständigt, dass diese Gelegenheit jetzt genutzt werden sollte. Der Anlass war also ein Besuch in der Ständigen Vertretung bei Günter *Gaus*, um sich etwas zu informieren über die Arbeit dort, über seine Tätigkeit und seine Erfahrungen.

Als wir den festen Termin ausgemacht haben, hat *Gaus* angeregt, auch im Blick darauf, dass sich weitere Besucher angekündigt hatten, dass damit verbunden wird ein Abendessen in seiner Residenz, wie man das so nennt, also in seinem Hause mit einer Reihe von Vertretern der anderen Seiten zu einem möglichst offenen und freien Gespräch. Ich habe vor einigen Tagen gehört, wen er eingeladen hatte. An der Liste hat sich dann, wie das zwangsläufig ist bei solchen Einladungen, noch einiges geändert. Gestern kam dann noch hinzu, dass im Zusammenhang mit dem Besuch bei *Gaus* auch zustande kommen sollte ein Gespräch mit dem Chefredakteur des »Neuen Deutschland«, Herrn *Herrmann*, das dieser abendlichen Veranstaltung vorgeschaltet worden war. An diesem Gespräch hat teilgenommen der Leiter der Abteilung West im Zentralkomitee der SED, Professor Dr. [Hans] Herbert *Weber*, der auch am Abend als Teilnehmer an dem Gespräch vorgesehen war. Bei dem abendlichen Gespräch war dann außer *Weber* der Stellvertretende Außenminister *Nier* und zwei Abteilungsleiter aus dem Außenministerium der DDR da. Wir haben im Vorhinein verabredet, dass, damit diese Gespräche so offen und freimütig miteinander geführt werden können, wie das möglich ist, es darüber keinerlei inhaltliche Angaben nach außen gibt. Dieses ist eine zweckmäßige Verfahrensweise aus zwei Gründen. Einmal kann man dann in der Tat wirklich freier miteinander reden. Zum anderen ist es so, dass ich der Meinung bin, dass bei allen Bemühungen in der Vorbereitung dieses Besuches bei *Gaus* und des Treffens mit einigen Leuten der anderen Seite, bei dieser Gelegenheit so normal und undramatisch wie möglich zu verhandeln, dass bei all diesen Bemühungen natürlich die sensationellen Begleitumstände, zu denen der Besuch von [*Leisler*] *Kiep* gemacht worden ist, dann auch dazu geführt haben, dass man hier mehr hineingelegt und mehr hineingehört hat, als mit dem Besuch verbunden sein sollte. Ich meine, es wäre gut, wenn wir uns daran gewöhnten, dass dieses eine der Folgen der Tatsache ist, dass wir eine Ständige Vertretung in Ost-Berlin haben, dass es ein möglichst normaler Vorgang sein sollte, sich dort einmal sehen zu lassen, sich dort einmal zu unterrichten und wenn die Umstände es ergeben, die Möglichkeit dazu besteht, damit auch Gespräche geführt werden.

In der Sache selber möchte ich mich, und dafür bitte ich um Verständnis, an die Grundverabredung halten, aber doch Folgendes sagen. Ich glaube, es ist gut, wenn die Gelegenheit besteht, beiderseitige Auffassungen, bei denen es eine große Zahl auch von schwierigen und problematischen Punkten gibt, ganz offen und ohne Öffentlichkeitswirkung miteinander zu diskutieren. Es gibt aktuelle Fragen und es gibt langfristige Fragen in dem Zusammenhang, aber es gibt auf der anderen Seite ein großes Interesse und eine große Bereitschaft, sich der Diskussion über die Frage, wie wir auf unserer Seite die Möglichkeit der weiteren Entwicklung sehen und was wir dazu einzubringen haben in die Diskussion zwischen den beiden Seiten, sich dieser Diskussion auch von dort aus zu stellen. Und deswegen meine ich, dass wir gut daran tun, diesen Vorgang jeder Besonderheit zu entkleiden und das möglichst viele von uns in Zukunft bei gleichen Gelegenheiten ebenso sich darum bemühen und den Versuch machen, bei Günter *Gaus* in der Ständigen Vertretung einen Besuch zu machen, und wenn sich daraus weitere Möglichkeiten zu Gesprächen ergeben, die Gelegenheit, dort unsere Auffassung sagen zu können und zu hören, welche Auffassungen und Probleme es auf der anderen Seite gibt, zu nutzen.

(Beifall.)

**Wehner**: Danke. Sind Fragen dazu? Zusatzfragen? Keine. Dann nächste Frage Rolf *Böhme*.

**Böhme**: Genossen, in der letzten Woche gab es eine Serie von Währungskonferenzen in den USA zum Thema Hilfsfond oder Solidaritätsfond für die Ölpreisdefizitländer. In der Presse hat es darüber verschiedene Berichte gegeben.[[48]](#footnote-49) Ich wäre dankbar, wenn Hans *Apel* uns authentisch über den Verlauf und das Ergebnis dieser Konferenzen berichten könnte.

**Apel**: Genossen, der Ausgangspunkt für alles das, was wir in der letzten Woche entschieden haben, ist die Tatsache, dass fast alle Industrienationen der westlichen Welt im Jahre 1974, und das wird sich ’75 fortsetzen, hohe Leistungsbilanzdefizite haben. Von den wichtigen westlichen Industrienationen sind es nur Holland und die Bundesrepublik, die auch im letzten Jahr Leistungsbilanzüberschüsse in beträchtlichem Maße gehabt haben. Unsere wesentlichen Handelspartner in der EWG, England, Frankreich und Italien, haben Leistungsbilanzdefizite zwischen sieben und zehn Milliarden Dollar. Das ist der Ausgangspunkt und von daher gibt es die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie diese Defizite finanziert werden können. Nun haben wir merkwürdigerweise in ’74 eigentlich keine Probleme gehabt. Es ist in die wichtigen Länder, insbesondere unsere drei größeren Nachbarn Frankreich, Italien und England, kurzfristig Arabergeld eingeflossen in Größenordnungen, die ihre Devisenreserven konstant gehalten haben. Aber das wird natürlich sich nicht fortsetzen, weil wir zunehmend einen Trend erleben, das wurde ja auch deutlich bei dem Verkauf oder bei dem beabsichtigten Verkauf des Daimler-Benz-Paketes, dass das Ölgeld in die sicheren Länder läuft und dort Anlage sucht.[[49]](#footnote-50)

Um das Problem dieser Defizite zu überwinden, gab es zwei unterschiedliche Ansatzpunkte. Ansatzpunkt 1: der sogenannte Denis-*Healey*-Plan[[50]](#footnote-51). Wir nehmen den Währungsfond in Washington. Der Währungsfond in Washington leiht sich Geld von den Öl exportierenden Ländern zu einem Marktzinssatz und leiht das Geld dann wiederum aus an die Defizitländer. Die Amerikaner waren diesem Plan gegenüber sehr reserviert aus zwei Gründen. Erster Grund: Wir wollen auf diese Art und Weise nicht den Öl exportierenden Ländern auch noch das Risiko der Anlage des Geldes abnehmen, denn das Geld erhält natürlich über den Währungsfond eine risikofreie Anlage. Und zweiter Grund: Wir wollen die politische Abhängigkeit, die ja mit der monetären verbunden ist, von den Öl exportierenden Ländern möglichst klein halten. Die Amerikaner stellten deswegen diesem Plan der Rückschleusung der Ölmilliarden über den Währungsfond den sogenannten *Kissinger*-Plan gegenüber, der gehießen hätte energiepolitische Solidarität der Mitgliedsländer – im Wesentlichen der OECD-Länder –, eine gemeinsame Handelspolitik, die den Welthandel offen hält, und darunter gespannt ein monetäres Sicherheitsnetz, das im Wesentlichen zu alimentieren gewesen wäre aus Beiträgen der Mitgliedsländer. Konkret aus Beiträgen aus den Haushalten der Mitgliedsländer, aus dem Bundeshaushalt also nach den Vorstellungen von *Kissinger* schon im ersten Jahr zehn bis zwölf Prozent von 25 Milliarden Dollar. Das Kunststück, das nun zu vollbringen war, war, die unterschiedlichen Interessenlagen, die dem *Kissinger*-Plan zugrunde liegen, und der Rückführung der Ölmilliarden über den Währungsfond unter einen Hut zu bringen. Uns ist das gelungen nicht zuletzt deswegen, weil der Bundeskanzler vorher in einer Reihe von bilateralen Gesprächen den Boden dafür bereitet hatte. Wie sieht das Ergebnis aus?

Erstens: Die Amerikaner sind bereit, gegen ihren ursprünglichen massiven Widerstand die Rückschleusung der Ölmilliarden über den Währungsfond mitzutragen. Wie ihr gelesen habt, werden sechs Milliarden Dollar, etwas mehr als sechs Milliarden Dollar zurückgeschleust in diesem Jahr. Das wird wahrscheinlich nicht ganz ausreichen, um alle Zahlungsbilanzdefizite abzudecken, aber wir können in der zweiten Hälfte ’75 erneut über die Frage nachdenken. Hier also ein unübersehbares Zugeständnis der Amerikaner.

Zweitens: Wir haben dem *Kissinger*-Plan zugestimmt. Wir hatten niemals Probleme mit der energiepolitischen Solidarität, mit der wirtschafts- und handelspolitischen Solidarität. Unser deutsches Problem lag bei der Vorstellung der Finanzierung dieses Plans, des Solidaritätsfonds über Haushaltsbeiträge. Hier kam hinzu, dass sich inzwischen in den Köpfen einiger Partner Folgendes festgesetzt hatte. Jeder der Partner könnte beim Alimentieren des Fonds einseitig erklären, ich finanziere diesen Fond nicht mit, mir geht es schlecht. Das sogenannte Aufoptieren, das opting out, das Aufoptieren, das Erklären, ich kann nicht, ich zahle nicht mit und dann hätte sich natürlich am Ende die Finanzierung des Fonds so gestaltet, dass von dem 24 OECD-Partnern 16 aufoptieren und dann die Finanzierung bei einigen wenigen hängen bleibt. Ich habe das Ganze in meiner direkten Ansprache in unseren internen Sitzungen erklärt als der Versuch des Recyclings der deutschen Devisenüberschüsse. Dass natürlich dieses also nicht vorstellbar ist für uns, liegt auf der Hand. Wir haben dann den *Kissinger*-Plan, was den Finanzteil anbelangt, folgendermaßen geregelt. 1. Aufoptieren kann ein Land nur dann, wenn zwei Drittel Mehrheit dem zustimmt. Die Bundesrepublik wird 12,5 Prozent haben, die Amerikaner 28 Prozent. Damit kann gegen den Willen der USA und der Bundesrepublik nicht aufoptiert werden. 2. Ein Land bekommt überhaupt nur, und das war der zentrale massive Streitpunkt, bekommt überhaupt nur Hilfe aus dem Fonds, aus dem *Kissinger*-Fond, wenn es vorher seine eigenen Währungsreserven und seine Ziehungsrechte und seine Zugriffsrechte, die er in internationalen Organisationen hat, im höchstmöglichen Maße eingesetzt hat. Dieses war auch scharf umkämpft, insbesondere dann das Wort, dass dieser Fond nur ein letztes Sicherheitsnetz wäre, weil damit deutlich wird, dass zum Beispiel unsere italienischen Partner erst einmal verwenden müssen ihre beträchtlichen Goldreserven, ehe sie hier an diesen Fond heran können. Und zweitens auch die Briten und andere erstmal beim Währungsfond und anderswo zugreifen müssen, ehe man an diesen Fond heran kann. Im Übrigen Zuteilung der Mittel aus dem Fond wiederum nur mit zwei Drittel Mehrheit. Die USA und die Bundesrepublik haben die Sperrminorität. Es ist also in der Tat jetzt ein Sicherheitsnetz, ein letzter Zugriff und hier kann man hinzufügen, wenn ein Kollaps für ein Land eintritt der Europäischen Gemeinschaft, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir sie zur Kasse treten.

Dann blieb der letzte Punkt, auf jeden Fall zu vermeiden, dass wir aus dem Bundeshaushalt leisten müssen. Dieses war auch sehr schwierig durchzusetzen, weil, wenn wir das, was wir zum Beispiel als eine der Alternativen dazu debattieren, eine Bürgschaft geben, mit der dann Geld auf den internationalen Märkten aufgenommen wird, natürlich wieder doch eigentlich Ölgeld in den Solidaritätsfond fließt und damit den Öl exportierenden Ländern eine sichere Anlage gegeben wird. Dieses wollte Herr *Kissinger* ursprünglich vermeiden. Wir haben deutlich gemacht, dass wir nicht daran denken können aufgrund unserer Haushaltslage, einen anderen Weg zu gehen. Diese Frage ist in jedem Falle für uns entschieden. Wie die Gesamtfinanzierung sein wird, bleibt zu entscheiden. Im Übrigen werden wir noch einen Punkt durchzusetzen haben, dass auch kein Fond angesammelt wird, sondern dass dieses Sicherheitsnetz erst dann wirksam wird, wenn ein Mitgliedsland sagt, ich habe kein Geld, und dann wird eben eingeworben in der Höhe, wie zwei Drittel Mehrheit ihm den Kredit zugesprochen haben und erst dann brauchen wir eine Bürgschaft oder einen anderen Weg. Wir denken auch noch daran, die Bundesbank ins Obligo zu bringen. Das ist sehr schwierig bei dem Bundesbankgesetz, eventuell eine Bürgschaft über zehn Prozent der dann anfallenden Summe im Bundeshaushalt unterzubringen. Ergebnis: Wir sind zu einem Kompromiss gekommen, indem die Amerikaner Recycling über den Währungsfond akzeptieren, wir den *Kissinger*-Plan akzeptieren, ohne dass wir uns damit ökonomische und finanzielle Risiken aufgeladen haben, die wir nicht akzeptieren konnten. Das Ganze war nur möglich durch eine solidarische Zusammenarbeit mit den USA und, ich betone, eine nahtlose Zusammenarbeit mit den Franzosen. Dass es hin und wieder mit anderen Partnern auch kritische Situationen gegeben hat, ergibt sich aus der unterschiedlichen Interessenlage. Vielen Dank.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Zusatzfrage Heinz *Rapp*.

**Rapp** (Göppingen): Hans, spielte in den internationalen Verhandlungen bereits das Ergebnis neuerer Studien eine Rolle, sodass man damit rechnen kann, dass bereits in den Jahren ’78 bis ’86 die Leistungsbilanzen der Erdöl erzeugenden Länder wieder ausgeglichen sein könnten? Anders gefragt, ist ausgesprochener Weise oder auch unausgesprochen davon die Rede, was jetzt Sache ist, ohnehin nur Übergangscharakter haben kann?

**Wehner**: Hans *Apel*.

**Apel**: Der Währungsfond hat uns dargestellt, wie die Importfähigkeit der Öl exportierenden Länder gewachsen ist und das sind beeindruckende Zahlen. Dort ist der deutsche Export in die Öl exportierenden Länder innerhalb von zwölf Monaten um 60 Prozent erhöht. 60 Prozent erhöht! Wir haben zum Beispiel mit dem Iran schon wieder eine positive Leistungsbilanz. Das heißt der Iran kauft schon wieder mehr von uns, als wir vom Iran Öl kriegen, trotz der Verdreifachung der Ölpreise. Nur, Genossen, global – glaube ich schon – wird sich das Problem in den nächsten Jahren reduzieren. Wobei man beachten muss, dass natürlich die Kuwaitis, die Saudis und die Scheichtümer nicht in der Lage sind, im gleichen Maße ihre Importfähigkeit zu entwickeln. Global wird sich das Problem reduzieren, allerdings mit folgender Fußnote: Da diese Länder im Wesentlichen Großindustrieanlagen kaufen und im Übrigen auf hohe Qualität sehen, bleibt uns ein großes Problem insofern bestehen, als ich fürchte, dass zwar Frankreich und die Bundesrepublik, insbesondere diese beiden Länder, sehr bald in der Lage sein werden, für sich die Probleme zu lösen, wir haben eh keine, aber zum Beispiel Partnerländer wie das kleine Dänemark nicht in der Lage sein werden, weil sie Produkte im Export anbieten, die diese Länder nicht in dem Maße kaufen, wie es die Dänen möchten. Und hier wird das Problem dann bestehen müssen, dass wir dem dänischen Markt zum Beispiel – und darüber habe ich mit meinem dänischen Kollegen lange geredet – unseren Markt öffnen, damit insofern den Austausch der Güter erleichtern können. Aber insgesamt bin ich mit dem Genossen *Rapp* einer Meinung, es sieht heute günstiger aus, als wir ursprünglich gedacht hatten.

**Wehner**: Weitere Zusatzfragen? Antje *Huber*.

**Huber**: Hans, ich möchte noch fragen, gibt es Prognosen über die längerfristige Entwicklung der Ölüberschüsse, der Milliarden, die die Erdölländer bekommen und wie viel Prozent davon werden über den IWF gebunden?

**Wehner**: Hans *Apel*.

**Apel**: In diesem Jahr ist es schwer zu sagen. Ich persönlich schätze, dass wir bei 60 Milliarden wieder Überschüsse haben sollten. Dafür werden natürlich dann nur sechs bis sieben Milliarden gebunden beim IWF. Dann geben die Länder selber ja zunehmend Entwicklungshilfe. Egon *Bahr* hat neulich darauf hingewiesen.[[51]](#footnote-52) Heute habe ich auch in einer Tageszeitung dazu Zahlen gelesen. Dann gibt es eine ganze Reihe bilateraler Anlagen, sodass ein größerer Teil sich konsumiert, nur ein wichtiger Teil landet weiter auf den Euromärkten und wird uns machen, was zum Beispiel den Aufkauf von Aktienpaketen anbelangt. Und dieses Thema brauche ich hier nicht weiter zu vertiefen. Nur in der mittelfristigen Perspektive, glaube ich, sieht es günstiger aus. Eine wichtige Voraussetzung muss dabei allerdings erfüllt sein, dass im Mittleren Osten Frieden entsteht. Ich glaube, dieses ist die größte Unbekannte für unsere Zahlungsbilanz und Wirtschaftspolitik überhaupt, die politische Situation im Mittleren Osten.

**Wehner**: Ich hätte eine Zusatzfrage zur Methode und der weiteren Behandlung, Hans. Ist regierungsseitig daran gedacht, den Bundestag über dieses doch sehr wichtige Ergebnis kurz in Kenntnis zu setzen oder wäre es notwendig, wenn das jetzt nicht in der Schnelligkeit geschehen könnte, dass man durch eine Frage – meinetwegen eine Frage in der Fragestunde – die Regierung dazu veranlasst? Bitte.

**Apel**: Herbert, ich stehe also völlig zu eurer Verfügung. Da ich mich nicht in den Vordergrund drängen wollte, habe ich unseren Leuten im Ministerium gesagt, ich sei also daran interessiert und bereit, in die Ausschüsse zu gehen. Das sind Haushaltsausschuss und Finanzausschuss. Aber wir können das auch eine Etage höher ansiedeln. Das müssen andere beurteilen.

**Wehner**: Es gab schon am Freitag aus der Fraktion Anregungen und dann auch von Holger *Börner*. Nur da war zurzeit kein Arrangement zu treffen. Das war während dieser Außenministerkonferenz[[52]](#footnote-53). Solltet ihr euch mal überlegen. Genosse *Löffler*.

**Löffler**: Hans, könntest du vielleicht noch ein Wort sagen wie dieses ausgehandelte System, der geplante EG-Ausgleichsfond für erdölbedingte Zahlungsdefizite eingepasst werden soll?

**Apel**: Lothar, das ist ein anderes paar Schuhe. Das ist im Endeffekt eine Anleihe, die die Gemeinschaft aufnimmt. Das haben wir im Bundestag beschlossen. Das hat mit der Angelegenheit nichts zu tun. Nur, die EG-Anleihe erleichterte uns natürlich sehr stark die Argumentation beim *Kissinger*-Fond, weil wir sagen konnten, wir Deutschen haben hier bereits eine nationale Anstrengung gemacht mit der Billigung unseres Parlaments.

**Wehner**: Der Bundeskanzler.

**Schmidt** (Hamburg): Herbert, zu der von dir eben aufgeworfenen Frage, die mir auch schon gekommen war. Das Kabinett wird sich erst morgen mit den Lösungen beschäftigen können, die Hans *Apel* gemeinsam mit den Partnern da in Washington zustande gebracht hat.[[53]](#footnote-54) Wobei ich hier in Klammern hinzufüge: ein kleinerer Teil, nicht unwichtige Details sind noch offen und werden erst im Lauf der nächsten 14 Tage, drei Wochen verabredet werden können. Klammer zu. Man kann sich vorstellen, dass nach der morgigen Information und Beratung des Kabinetts, dass hier auch eine Bewertung einschließen wird, nicht nur eine währungspolitische, auch eine außenpolitische Bewertung einschließen wird. Also wir waren ja drauf und dran, einen dicken Konflikt zwischen der amerikanischen Führung und der EG als Ganzer zu bekommen, den wir insbesondere durch deutsch-amerikanische Bemühungen haben vermeiden können. Man kann sich vorstellen, dass danach am Mittwochnachmittag oder am Donnerstag, wenn das erste Mal Plenum ist, in dieser neumodischen Form aus dem Kabinett berichtet wird dazu, um auf deine Fragestellung mit einer möglichen Antwort jetzt einzugehen. Ich hatte mir das schon überlegt, war aber nicht ganz sicher. Ich habe eben auch erst vor einer halben Stunde das erste Mal Hans *Apel* ausführlich im Privatgespräch gehört zu dem Ablauf der Ereignisse in Washington. Ich halte sie für außenpolitisch recht bedeutsam, auch im Zusammenhang mit der, insbesondere von der Bundesrepublik und nicht von den Amerikanern, aber nun inzwischen von ihnen doch akzeptierten Bemühung, den Boden vorzubereiten für eine Konzertierung, für eine Kooperation, die in Form einer großen internationalen Konferenz ihren Ausgangshöhepunkt finden wird zwischen Öl produzierenden und Öl verbrauchenden Ländern.

**Wehner**: Ich wäre sehr dankbar, wenn ihr dazu ein Resultat findet im Kabinett. Holger *Börner*.

**Börner**: Ich wollte den Gedanken aufgreifen, den der Bundeskanzler hier eben ausgesprochen hat, und davon ausgehen, dass wir am Donnerstag dazu eine kurze Regierungserklärung hören sollten.[[54]](#footnote-55) Ich finde, wir sollten dieses Pfund nicht verschenken, mit dem wir hier wuchern können.

(Beifall.)

**Wehner**: Wird das Wort zu anderen Fragen gewünscht? Bitte Jürgen *Schmude*.

**Schmude**: Genossinnen und Genossen, auf eine Frage von Gunter *Huonker* habe ich in der vergangenen Woche zur Information die Situation geschildert, in der wir uns bezüglich der Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen befinden.[[55]](#footnote-56) Ihr wisst, dass das Land Baden-Württemberg im Dezember überraschend 15 prominente Chilenen abgewiesen hat mit einer sehr dürftigen Begründung. Meine Darstellung in der vergangenen Woche kam zu dem Ergebnis, und ich habe gehört, dass auch in der Fraktion das so aufgefasst worden ist, als stünden wir verhältnismäßig günstig bei den Bemühungen, diese Chilenen in anderen Ländern unterzubringen, als sei dies quasi schon geregelt. Zwischenzeitliche Erkenntnisse haben jetzt gezeigt, dass dies ganz so günstig durchaus nicht ist, und ich fühle mich verpflichtet, euch darauf hinzuweisen. Die Bemühungen der Unterbringung gestalten sich schwierig und langwierig. Sie laufen weiter. Sie gestalten sich langwierig auch bei Ländern, die uns sehr nahestehen. Sie laufen weiter, nur es ist nicht auszuschließen, dass des noch zu peinlichen Situationen kommen kann, wenn nämlich der eine oder andere von diesen ganz überraschend freigelassen wird in Chile und dann plötzlich an einem Samstagabend oder Sonntagabend in Frankfurt auf dem Flughafen steht. Ich wollte diese Situation, obwohl sie nicht so erfreulich anzuhören ist, hier in aller Offenheit schildern und zugleich diejenigen, die gewisse Beziehungen zu Ländern haben und die sich einsetzen lassen, bitten das auch zu tun und sich möglichst zur Verfügung zu stellen. Wir sind darauf sehr angewiesen, denn der Bund allein kann da nichts machen.

**Wehner**: Ich danke dir für die wichtige Ergänzung dieser Auskunft von der vorigen Woche. Denn es ist ja bei manchen auch noch der Irrtum, als könne der Bund einfach dann verteilen, zuteilen, wohin, welche die Aufenthaltserlaubnis bekommen haben. Keine Zusatzfragen? Neue Frage *Sieglerschmidt*.

**Sieglerschmidt**: Genossinnen und Genossen, ich habe eine Frage an das Innenministerium, die auch Flüchtlinge betrifft beziehungsweise genauer gesprochen Auswanderer, nämlich jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion. Das Problem ist ja durch die Zeitungen gegangen. Hier in Berlin hat es eine besondere Rolle gespielt. Ich will von der besonderen Berliner Situation nicht sprechen. Wie man hört, ist jetzt die Innenministerkonferenz dabei, eine generelle Regelung für das gesamte Bundesgebiet zu finden. Den Bundesinnenminister kann ich zwar hierher nicht zitieren, eben ist es schon gesagt worden, aber er hat einen wesentlichen Einfluss auch auf diese Entscheidung der Innenministerkonferenz. Meine Frage ist: Wie sind die Vorstellungen im Innenministerium für die Behandlung dieser jüdischen Auswanderer, die entweder direkt oder auf dem Umweg über Israel – weil es anders nicht geht, in Klammern – hier in die Bundesrepublik kommen? Ich darf einmal die Marken von mir aus setzen. Wo liegt die Einstellung des Innenministeriums zwischen einem mehr oder weniger völlig freien Hereinlassen einerseits oder eines terminierten Stopps, nachdem also Aufnahmen nur noch im Ausnahmefall erfolgen sollen? Ich persönlich darf sagen, wäre dafür, dass man sehr gut in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen ist.

**Wehner**: Jürgen *Schmude*.

**Schmude**: Helmut *Sieglerschmidt*, du hast in deiner Frage selbst schon angedeutet, dass das Problem hier genauso liegt wie bei dem vorhin behandelten Sachverhalt, insofern als die Länder allein und ausschließlich dafür zuständig sind, eine Daueraufenthaltsgenehmigung zu geben oder zu ermöglichen, wenn der Bund sie in ihrem Auftrag sieht. Es hat sich in der Tat das Problem so zugespitzt mit der starken Zuwanderung nach Berlin, von der ja auch Kurt *Neubauer* gesprochen hat, dass sich die Notwendigkeit ergeben hat, auf der Innenministerkonferenz dieses zwischen den Ländern abzustimmen. Der Bundesinnenminister hat hier keinen Einfluss. Er ist ein, wenn man so will, ein Gast auf dieser Innenministerkonferenz, die ja eine Konferenz der Länder ist. Natürlich geht unser Ziel dahin, gerade in diesem prekären Fall der jüdischen Zuwanderer eine großzügige Regelung zu finden, die einen Aufenthalt hier ermöglicht und uns die Situation erspart, dass wir diesen die Tür weisen müssen, auch nur teilweise die Tür weisen müssen. Aber dies wird davon abhängen, dass die anderen Länder dem Beispiel Berlins wenigstens teilweise folgen und ebenfalls ein gewisses Kontingent aufnehmen. Sehr viele, zahlenmäßig, sehr viele sind das ja ohnehin nicht. Ich bitte darum, dass ich hier nicht konkreter werden muss. Ich kann es auch nicht. Denn, wie gesagt, dies ist eine Sache, die zwischen den Ländern ausgehandelt werden muss. Hier kann der Bundesinnenminister nur sehr wenigen Einfluss darauf nehmen.

**Wehner**: Zusatzfragen? Bitte Heinz *Westphal*.

**Westphal**: Ich halte das, was Jürgen *Schmude* dazu sagt, im Hinblick auf die formale Seite für richtig und da kann man wohl keine Einwände haben. Aber es gibt neben den formalen Möglichkeiten natürlich auch den Einsatz des politischen Engagements und so weiter und eben in der Richtung, in der man agieren will. Ich habe das sehr positiv verstanden, wie er es gesagt hat. Aber wir haben ja doch nun auch einen Draht der Fraktion zu den Länderparlamenten und den Dortigen. Ich weiß, dass diese Konferenz der Länderinnenminister am 7. Februar stattfinden soll, wenn ich richtig informiert worden bin. Die Frage ist, ob es eine Möglichkeit gibt, gerade in diesem Sinne, wie es Hellmut *Sieglerschmidt* gesagt hat, eine positiv tendierende Lösungen zwischen den Extremmöglichkeiten zu finden, über den Weg der Landtagsfraktionen von uns aus noch einmal anzustoßen, damit dort nicht Pannen passieren, die in der Weltöffentlichkeit sicher negativ ausschlagen würden und auch uns selbst nicht erträglich wären.

**Wehner**: Kurt *Neubauer*.

**Neubauer**: Genossinnen und Genossen, ich möchte dazu noch ein paar Bemerkungen machen, damit hier keine Missverständnisse entstehen. Unsere Entscheidung hier, von einem bestimmten Stichtag an die Ausländergesetze gelten zu lassen, hat natürlich überhaupt nichts damit zu tun, dass wir uns dagegen wehren, jüdische Bürger aufzunehmen. Wir hatten nur diese Entscheidung notwendig, wie ich meine, weil in der Tat das verteilt werden muss auf die Länder. Eine Konzentration, wie sie sich hier in Berlin gezeigt hat, ist für uns, und dafür muss ich um Verständnis bitten, weniger verkraftbar als vielleicht an anderer Stelle in der Bundesrepublik, hat überhaupt nichts mit einer inneren Einstellung etwa gegen diese Bürger zu tun. Wir haben in der Tat am 7. Februar Innenministerkonferenz, und ich hoffe, dass wir uns da verständigen, was die Behandlung dieser Bürger angeht. Und wenn das auf alle Länder verteilt wird, ist auch der Großzügigkeit, ich will nicht sagen, keine Grenzen gesetzt, aber immerhin kann man die Grenzen weit stecken. Dass wir so viele in Berlin hatten, liegt unter anderem ja daran, dass wir eben bis zu diesem Stichtag mehr als großzügig verfahren sind, praktisch alle hier Eintreffenden legalisiert haben, auch jene, bei denen das nach den sonstigen gesetzlichen Grundlagen außerordentlich schwierig war.

Im Übrigen möchte ich mich der Bemerkung anschließen, die der Genosse *Westphal* gemacht hat. Formal ist das richtig mit dem Innenminister, der da keine Einwirkung hat, aber ein bisschen könntet ihr euch schon darauf einstellen, auch in der Innenministerkonferenz nicht nur Gast zu sein.

**Wehner**: Wolltest du noch was dazu sagen? Nein. Gibt es den Wunsch nach weiteren Fragen? Bitte.

**Scheffler**: Frage an den Bundesarbeitsminister: Ist meine Information richtig oder kann sie richtig sein, dass jemand, der Konkursausfallgeld beansprucht, dieses einklagen muss und für den Fall der Klage dieses auch noch selbst tragen muss?

**Wehner**: Ist Hermann *Buschfort* hier? Ist weggegangen? Wolltest du dazu Hans? Ja, Hans *Urbaniak*.

**Urbaniak**: Hermann, das geht eigentlich nach dem System nicht. Wenn der Konkurs eröffnet ist, erhält er das Geld aus der Konkursmasse. Ist nichts mehr da, erhält er es vom Arbeitsamt. Es muss der Konkurs eröffnet werden. Das konnten wir im Gesetz nicht regeln. Die Arbeitnehmer, die betroffen werden, erhalten also immer ihr Geld, entweder von dem einen oder von dem anderen, und da sagt man uns, ihr müsst darauf drängen und gesetzliche Initiativen unternehmen, damit der Konkurs eröffnet werden kann. Das können wir natürlich nicht. Vom System her erhält er immer seine Beträge für die letzten drei Monate.

**Wehner**: Dann eine andere Frage Alfred *Emmerlich*.

**Emmerlich**: Eine Frage an Hans *Apel*. Kannst du eine Information zum Stand der Kraftfahrzeugsteuerreform geben?

**Wehner**: Hans *Apel*.

**Apel**: Genossen, wir haben ja seit über einem Jahr liegengelassen, nicht zuletzt wegen der Überlastung des Finanzausschusses, die Weiterbehandlung der PKW-Kfz-Steuerreform. Die Debatte brauche ich hier nicht wiederholen, die kennen wir alle. Die Frage, ob es drei oder vier Klassen sein sollen, wie das Ganze politisch zu werten ist, müsste ja doch in die Nähe einer theologischen Auseinandersetzung. Wir haben in einem Koalitionsgespräch gesagt, wir möchten diese Angelegenheit in dieser Legislaturperiode nicht weiter verfolgen, weil es eine große Verunsicherung bei den PKW-Fahrern geben würde

(Beifall.)

und es nicht klug wäre, das Automobil noch weiter mit Kosten zu belasten, denn das geht so wie bei der jetzigen Problematik der Steuerklassen: diejenigen, die Vorteile haben, sind ruhig, die anderen melden sich zu Wort. Das war also dann verabredet und nun wollte eigentlich die Bundesregierung, der erste Durchgang unseres Gesetzes durch den Bundesrat hat ja bereits stattgefunden, die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung dazu dem Deutschen Bundestag empfehlen, zwar eine Veränderung bei der LKW-Besteuerung zu machen, da geht es aber eigentlich weniger um Geld als um Systematik, aber die PKW-Besteuerung draußen zu lassen bis auf ein paar Schnörkel. Da haben mir die Beamten gesagt, wir können ruhig diese oder jene kleine Vergünstigung machen, insbesondere für Körperbehinderte, das kostete zwei bis drei Millionen. Nun war ich ja zehn Tage nicht im Lande und Karl *Haehser* hat mich gestern überrascht mit der Feststellung, dass eben diese Beamten wieder einmal, muss ich sagen, falsch gerechnet haben und jetzt diese Schnörkel 170 Millionen kosten. Und da das natürlich eine reine Ländersteuer ist und wir nicht über das Geld der Länder verfügen können, weil sie nämlich über die Revisionsklausel bei der Steuerreform die Chance haben, auf Bande zu spielen und uns die 170 Millionen wieder aufs Butterbrot zu schmieren, habe ich erstmal die Geschichte angehalten. Aber es bleibt dabei, dass wir die PKW-Steuerreform in dieser Legislaturperiode nicht weiter verfolgen möchten. Über die Schnörkel wird zu entscheiden sein, wenn ich nun weiß, wer richtig gerechnet hat. Vielen Dank.

**Wehner**: Zusatzfragen? Keine. Zu anderen Fragen liegen bisher keine Wortmeldungen vor. Können wir zum nächsten Punkt übergehen.

[E.]

**Wehner**: Konrad *Porzner* zur Tagesordnung und Ablauf der Plenarsitzungen[[56]](#footnote-57).

**Porzner**: Genossinnen und Genossen, wir haben am Mittwoch frei für Ausschüsse, am Donnerstag Plenarsitzung und gleich das Erste eventuell dann – eventuell – am Donnerstagvormittag oder wann die Regierung dazu Zeit hat, aber ich schlage vor wenn, dann am Donnerstagvormittag um 9 Uhr als ersten Tagesordnungspunkt Bericht aus dem Kabinett zu dem eben angesprochenen Thema Währungskonferenz Washington[[57]](#footnote-58). Daran dann die Tagesordnung, ich weiß nicht, ob sie euch hier vorliegt: Diskussion zweite und dritte Lesung über Pressestatistik mit Reden[[58]](#footnote-59). Herbert *Wehner* hat vorhin schon angedeutet, worum es dabei geht. Die Debatte wird insgesamt nicht einfach sein. Tagesordnungspunkt 3: Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, hier Funktionskontrolle bei Presseunternehmen, ebenfalls Debatte[[59]](#footnote-60). Es wird nachher noch von den Arbeitskreisen vorgetragen. Tagesordnungspunkt 4 ohne Debatte. Hier geht es um ein Gesetz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen[[60]](#footnote-61), ohne Debatte. Erste Beratung dann des Adoptionsrechts, Erklärung der Bundesregierung dazu, Einbringungsrede und Aussprache, eine Runde jeweils[[61]](#footnote-62). Ist sehr wichtig; dieses Gesetz, ist in der letzten Fraktionsvorstandssitzung gebeten worden darum, dass wir es auf die Tagesordnung bringen. Es ist auch einvernehmlich dann gelungen. Wir können das am Donnerstagvormittag zu einer günstigen Zeit behandeln und daran anschließend der Künstlerbericht[[62]](#footnote-63). Hier wird es, wenn es möglich ist, Erklärungen dazu geben, weiter keine Debatte. Etwas schwierig für die Fraktion und die Regierung ist der Tagesordnungspunkt 7, nämlich Beratung des Antrags des Bundesrechnungshofes zur Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1972[[63]](#footnote-64). Die CDU/CSU hat dazu angekündigt, dass sie zwei Redner in die Debatte schicken wird. Es gibt – nein, brauche ich nicht zu erläutern, nachher steht es auf der Tagesordnung. Andreas *von Bülow* wird darüber berichten. Wir müssen hier sehr aufpassen, dass nicht dem früheren Finanzminister und [jetzigen] Bundeskanzler etwas angehängt wird. Die Fraktion muss sehr, sehr gut sich darauf vorbereiten. Über die Sammelübersicht aus dem Petitionsausschuss wird es einen zehnminütigen Bericht von *Vogelsang* geben.[[64]](#footnote-65) Tagesordnungspunkt 9 dann: Vorschlag der EG-Kommission für eine Verordnung des Rats über Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft[[65]](#footnote-66), ohne Debatte. Und am Freitag dann die Änderung des Wehrpflichtgesetzes. Ihr wisst, dass es darüber eine Verständigung gegeben hat, eine wehrpolitische, sicherheitspolitische Rede des Verteidigungsministers und daran anschließend Debatte.[[66]](#footnote-67) Ich bitte darum, dies nicht als eine Routinesache zu betrachten. Ich halte diese Debatte am Freitagvormittag aus außen- und innenpolitischen Gründen für wichtig. Der letzte Tagesordnungspunkt: Neufassung der Geheimschutzordnung des Bundestages wird behandelt ohne Aussprache, also ohne Debatte.[[67]](#footnote-68) Das ist die Tagesordnung für diese Woche.

**Wehner**: Wird das Wort dazu gewünscht? {…} Dann kommen wir zu den einzelnen Punkten. Zu dem Punkt Pressestatistik[[68]](#footnote-69), *Sieglerschmidt*.

**Sieglerschmidt**: Genossinnen und Genossen, das Pressestatistikgesetz ist im Wesentlichen nicht kontrovers. Es gibt – die Kontroversen, soweit sie kommen können, beziehen sich auf etwas, was dort nicht zu beschließen ist, nämlich auf die Ausführung des Gesetzes durch das Statistische Bundesamt. Da gibt es gewisse Bedenken. Wir haben im Innenausschuss vorgesehen, dass der Fragebogen, bevor er herausgeht, aufgrund dieses Gesetzes dem Innenausschuss zur Kenntnis gebracht wird. Selbstverständlich können wir nicht darüber beschließen. Die Sache selbst wird also insofern weniger kontrovers sein als der nächste Punkt, auf den ich gleich noch zu sprechen kommen werde, weil hier ein Zusammenhang besteht. Inhaltlich handelt es sich darum, dass durch dieses Pressestatistikgesetz die Grundlagen geschaffen werden, etwa zum Beispiel für Hilfsmaßnahmen für die Presse, wie sie jetzt erörtert werden. Ihr wisst ja, wie lange der Bundesinnenminister hier schon im Clinch mit den Zeitungsverlegern liegt, und dass die Zeitungsverleger bisher sich offensichtlich, nicht, wenn ich das mal hier in der gebotenen Deutlichkeit sagen kann, an den bekannten Grundsatz gehalten haben, dass wer Geld haben will, nun auch einmal die Hosen runterlassen muss. Das war bisher nicht möglich, hoffentlich kommen die Angaben jetzt endlich. Das soll das Statistikgesetz auf weitere Sicht in Ordnung bringen. Zum anderen ist das Pressestatistikgesetz von erheblicher Bedeutung auch für die Pressefusionskontrolle, denn wenn das Kartellamt seine Befugnis auf diesem Gebiet handhaben soll, dann wird es das nur richtig können, wenn es ungefähr weiß, wie es in der Presselandschaft aussieht.

Genossinnen und Genossen, als Redner sind vorgesehen von uns Klaus *Grobecker* und sollte es wider Erwarten eine zweite Runde geben, Egon *Lutz*. Ich darf eine abschließende Bemerkung noch machen zu dem Punkt, der dann kommt aus medienpolitischer Sicht, der damit zusammenhängt. Genossinnen und Genossen, wir werden in dieser Gesamtdebatte nur dann bestehen können, wenn der begrüßenswerte Beschluss des Fraktionsvorstandes, dass die Regierung in ihrer Einbringung der Gesetze hinsichtlich dieser Hilfsmaßnahmen für die Presse so konkret wie möglich wird, wenn dies tatsächlich geschieht. Es hat einmal eine Situation gegeben, wo auch ich der Meinung war, dass es in dieser Diskussion im Wesentlichen nur um Verlegerprofite gegangen sei. Diese Situation, Genossinnen und Genossen, ist vorbei. Hier geht es in der Tat ganz wesentlich um ein Mindestmaß an Meinungs- und Informationsvielfalt und hier geht es um Arbeitsplätze von Journalisten und dies in den Jahren 1975 und ’76. Vielen Dank.

**Wehner**: Danke. Wird das Wort dazu gewünscht? Dann zum nächsten Punkt, Uwe *Jens*, Pressefusionskontrolle[[69]](#footnote-70).

**Jens**: Genossinnen und Genossen, bei der Einführung der Pressefusionskontrolle geht es erneut um die Änderung des Kartellgesetzes. Dass es in erster Lesung zu einer Debatte kommt, liegt nicht an uns, sondern an der CDU. Der wichtigste Punkt bei diesem Gesetzentwurf ist die Frage des Aufgreifkriteriums. Bisher ist es so, dass Fusionen – Unternehmenszusammenschlüsse – dann vom Kartellamt kontrolliert werden, wenn die beiden beteiligten Unternehmen zusammen einen Umsatz von 500 Millionen haben. Für Presseunternehmen wird dieses Aufgreifkriterium auf 25 Millionen herabgesetzt, das entspricht ungefähr einer Auflage von Tageszeitungen von 70[000] bis 80 000. Das ist der allerwichtigste Punkt. Falls von der CDU vor allem medienpolitische Themen vorgetragen werden, dann soll von uns Björn *Engholm* reden. Falls die Debatte unter wirtschaftspolitischen Aspekten geführt wird, dann hat der Arbeitskreis gesagt, soll ich dazu reden.

**Wehner**: Wird das Wort gewünscht? Antje *Huber*.

**Huber**: Ich nehme an, dass das wieder benutzt werden wird als Aufhänger für die aktuellen Schwierigkeiten, die jetzt in der Presselandschaft sich deutlich abzeichnen schon länger. Ich möchte mal gerne wissen, ganz unabhängig von der Frage der Statistik, wir haben das ja gestern im Fraktionsvorstand auch schon andiskutiert, welche Möglichkeiten es da gibt für eine Antwort, die nicht beschränkt ist auf das System der morgigen Debatte?

**Wehner**: Ich habe in meinem Bericht aus dem Fraktionsvorstand dies mit Ausführlichkeit und mit Bedacht ausführlich gemacht. Das ist nun wirklich Sache der Regierung, dieser schwierigen Situation, soweit es bei der Lage möglich ist, gerecht zu werden. Damit wir uns nicht unversehens in einer Zeit, von der wir immer sagen vor einer ganzen Serie Landtagswahlen, durch sämtliche Zeitungen schleifen lassen müssen, als hätten wir nur immer zu sagen, die Zeitungsverleger sollen herauskommen. Natürlich müssen sie herauskommen. Natürlich muss das auch gebührend gesagt werden, ich habe nicht zufällig unter meinen Unterlagen den Sprechzettel vom Regierungssprecher vom Jahre 1974 zu der Frage Pressefusion. Das ist alles noch um keinen Schritt weitergekommen. Das waren damals völlig löbliche und richtige und auch konkrete finanzielle KfW {…} Verhandlungen, muss man so sagen. Nur zeigt man mit dem Finger nur auf die eine Seite, nämlich dass sie bisher trotz allem nur einen späteren Termin jetzt bekannt gegeben haben, an dem sie ihre Unterlagen vorlegen werden, ist das nicht gut. Das wird uns ein Echo in allen Zeitungen, gleichgültig welcher Couleur, vor allem in den mittleren und kleineren erhebliche Schwierigkeiten einbringen, mit denen wir schwer fertigwerden, und dass wir andererseits, das habe ich betont, keine – und so wird ja wohl die Stellung sein für die Bundesratsvorlage – keine pauschalen Regelungen für möglich halten. Das müssen wir mit Bedacht so sagen, dass da uns nicht entrutscht oder unterstellt wird, das richtete sich gegen einen bestimmten Konzern oder so etwas, sondern hier geht es um das positive Herausheben derer, die wir unter Vielfalt der Presse meinen. Also hier muss man doch wohl erwarten, dass jemand, ich weiß nicht, wer von der Regierung sich dazu äußern wird. Jürgen *Schmude*.

**Schmude**: Genossinnen und Genossen, ich will es auch insofern kurz machen, als Herr *Maihofer* und Herr *Baum* diese Pressegeschichte auch persönlich bearbeiten im Ministerium und dann wohl auch der Minister selbst, der Innenminister selbst, am Donnerstag zur Verfügung stehen wird, um dazu etwas zu sagen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass der Staatssekretärsausschuss, der sich mit der wirtschaftlichen Hilfe für die Presse befassen soll, an eben diesem Donnerstag ebenfalls tagen wird und einen vorbereitetes Konzept behandeln wird. Auf dieser Grundlage lässt sich natürlich kein Ergebnis vorwegnehmen, weil sich auch die Bundesregierung mit dem Ergebnis des Staatssekretärsausschusses erst wird befassen müssen. Aber es lässt sich doch sagen, und ich gehe nach meinen Informationen davon aus, dass das der Innenminister auch sagen wird, dass die grundsätzliche Bereitschaft zur gezielten Hilfe anhand plausibler Kriterien besteht und tatkräftig verfolgt wird. Nur kann eine derartig komplizierte Geschichte nicht innerhalb von wenigen Wochen so abgewickelt werden, dass man zum erstbesten Termin, den die CDU zur Debatte herbeiführt, schon etwas vorlegen kann. Es wird sich hier also darauf beschränken, zu sagen, wir sind dran, aber keine pauschale Hilfe, die die Falschen trifft beziehungsweise den Falschen noch hilft, einige andere weiterhin zu schlucken, sondern gezielt anhand Kriterien, Ergebnisse folgen. Ich fürchte, mehr wird’s nicht geben können am Donnerstag

**Wehner**: Hellmut *Sieglerschmidt*.

**Sieglerschmidt**: Ich sehe ein, dass die Bundesregierung am Donnerstag inhaltlich aufgrund der Lage, wie sie Jürgen *Schmude* geschildert hat, noch nicht allzu viel sagen kann. Sie muss aber zwei Dinge, glaube ich, mit aller Deutlichkeit tun. Sie muss erstens sagen, dass wirklich hier der Berg, der so lange gekreißt hat, nicht nur ein Mäuslein gebären wird. Sie muss deutlich machen, dass wirklich etwas kommt, was ein gewisses Gewicht hat. Erstens und zweitens muss sie auch hinsichtlich des Termins ein wenig konkreter werden, als du es eben geworden bist. Sie muss deutlich machen, dass nach der Sitzung am Donnerstag die Bundesregierung ihren Beschluss, wenn ich es einmal hier so ausdrücken darf, ohne schuldhaftes Zögern fassen wird, das heißt unverzüglich.

**Wehner**: Keine anderen Wortmeldungen. Ich wollte, bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, darum bitten, eine kurze Bemerkung machen zu dürfen aus der gestrigen Vordiskussion im Fraktionsvorstand zu dem Punkt erste Lesung Adoptionsrecht, zu dem gleich Hilde *Schimschok* sprechen wird. Es ist ratsam, dass man das nicht nur den paar wenigen überlässt, die in der entsprechenden Arbeitsgruppe mit der Sache zu tun haben, sondern dass es sich hier um ein Thema handelt, mit dem jeder irgendwann und unter welchen Verkleidungen immer einmal befasst wird oder konfrontiert wird. Ergo muss man eine Hilfe haben und die Drucksache 7/3061 ist vor allem in dem Teil, in dem allgemeinen Teil der Begründung und den dazugehörigen Ergänzungen so gefasst, dass eine Hilfe gegeben wird, und das wird dann mehr als eine rein rechtliche Angelegenheit.[[70]](#footnote-71) Hier geht es um Kinderfreundlichkeit und um Familienfragen und gegen Verzerrungen. Hilde *Schimschok*.

**Schimschok**: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Annahme als Kind in seinen wesentlichen Punkten kurz erläutern[[71]](#footnote-72), und zwar handelt es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein Gesetz zur Annahme als Kind und nicht wie bisher zur Annahme an Kindes statt. Damit soll schon der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich hier nicht um eine Ersatzlösung handelt, wenn Ehegatten keine eigenen leiblichen Kinder haben, sondern dass die Adoption des Kindes primär zum Wohle des Kindes erfolgen soll. Das Kind soll voll in die Familie integriert werden. Es soll also nicht nur mit dem Annehmenden, sondern auch mit sämtlichen Familienmitgliedern verwandt werden. Alle Rechte und Pflichten sollen auch auf die neue Familie übergehen, wie zum Beispiel das Unterhaltsrecht, die Unterhaltspflicht und das Erbrecht, und es soll zu einer völligen Lösung zu der alten Familie kommen. Zurzeit ist es nämlich noch so, dass wohl die leiblichen Eltern dem Kinde gegenüber unterhaltsverpflichtet sind, dass aber die Unterhaltspflicht der leiblichen Eltern hinter die der Adoptiveltern tritt. Das bedeutet in der Praxis, dass das Kind auch dann, wenn sich die Eltern nie um das Kind gekümmert haben, den leiblichen Eltern gegenüber unterhaltsverpflichtet ist. So können auch dem jetzigen Recht nach noch die leiblichen Eltern das Kind beerben, wenn auch das Kind das Vermögen praktisch den Adoptiveltern verdankt, und die Adoptiveltern sind von dem Erbrecht gegenüber dem angenommenen Kinde ausgeschlossen. Das ist etwas, was in der Öffentlichkeit sehr stark kritisiert wird und wofür die Öffentlichkeit absolut kein Verständnis hat. Deshalb sollen, ich betone es nochmals, Unterhaltspflicht und Erbrecht voll auf die neue Familie übergehen. Genossinnen und Genossen, zur Annahme eines Kindes ist auch die Einwilligung der leiblichen Eltern und bei unehelichen Kindern die Einwilligung der Mutter erforderlich, aber eine pränatale Einwilligung – und ich halte das für sehr wichtig, dieses hier herauszustellen – soll es dem Gesetzentwurf nach nicht kommen, weil man nicht eine uneheliche jüngere Schwangere dazu bringen soll, dass sie in einer seelischen Konfliktlage und in einer Notsituation eine Einwilligung zur Adoption ihres kommenden Kindes gibt, die ihr nach der Geburt des Kindes sehr leidtun kann.

Weiter ist in dem Gesetzentwurf eine Probezeit vorgesehen, und zwar heißt es dort: angemessene Probezeit. Das würde bedeuten, dass die Probezeit bei einem gesunden Säugling weit kürzer sein kann als bei Kindern, die durch Vernachlässigung Verhaltensschäden erlitten haben, wenn sie zum Beispiel jahrelang in Heimen waren oder in der eigenen Familie nicht die nötige Liebe empfangen haben.

Weiter ist im Gesetzentwurf die Adoption Erwachsener vorgesehen. Man fragt sich, was soll die Adoption Erwachsener, wenn eine Adoption zum Wohle des Kindes und primär zum Wohle des Kindes erfolgen soll. Aber es scheint ein Bedürfnis da zu sein, auch Erwachsene zu adoptieren, denn es werden jährlich etwa 1 500 Erwachsene in der Bundesrepublik adoptiert. Aber die Adoption Erwachsener soll nicht erfolgen, das halte ich für sehr wichtig, wenn die Interessen der Kinder der Annehmenden oder des Angenommenen verletzt werden können und es soll auch ein Missbrauch bei der Adoption Erwachsener insofern ausgeschlossen werden, indem es zu einer Adoption minderen Rechts kommt. Das bedeutet, dass die rechtlichen Bindungen der Erwachsenen, die zur Adoption anstehen, zu ihren leiblichen Verwandten, also zu den leiblichen Eltern, nicht gelöst werden, dass sie völlig unberührt bleiben. Und das finde ich persönlich für gut, denn es soll sich kein Erwachsener durch eine Adoption der Unterhaltspflicht seinen in Not geratenen Eltern gegenüber entziehen können, wenn sie praktisch ihr Leben lang für die Kinder gesorgt haben. Und die Aufhebung eines Adoptionsverhältnisses soll schwerer als heute möglich sein. Sie soll nur erfolgen, wenn sie aus schwerwiegenden Gründen zum Wohle des Kindes erforderlich ist und zweitens wenn die Begründung des Annahmeverhältnisses fehlerhaft war. Aber das erscheint mir bei einer gründlichen Vorbereitung des Ausspruchs der Adoption durch das Vormundschaftsgericht praktisch unmöglich, und dass die Aufhebung des Adoptionsverhältnisses so schwer gemacht wird, ist im Interesse des Kindes wie auch der Adoptiveltern sehr wichtig, denn auch leibliche Eltern, Genossinnen und Genossen, können sich von ihren Kindern nicht loslösen, wenn Schwierigkeiten auftreten, und diese gleiche Einstellung dem Kind gegenüber soll man auch von den Adoptiveltern erwarten. Sie sollen auch dann Ja zu ihrem Kind sagen, wenn nicht nur eitel Freude und Sonnenschein da ist, sondern wenn das Kind aus irgendwelchen Gründen, die ja psychisch bedingt sind, Schwierigkeiten macht. Denn gerade in dieser Zeit braucht das Kind besonders die Liebe und Betreuung der Bezugspersonen und dieses Ja auch in dieser Situation zu einem Kind soll und muss man auch von Adoptiveltern erwarten. Ich danke sehr herzlich.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Danke. Wird das Wort gewünscht? Bitte Renate *Lepsius*.

**Lepsius**: Ich möchte meine Dankbarkeit darüber ausdrücken, dass Hilde *Schimschok* im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Berichten uns wirklich Informationen hier über den Inhalt, um den es geht, vermittelt hat. Ich habe aber eine Frage. Hilde *Schimschok* hat auf die Problematik hingewiesen, dass in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen ist bei der großen Adoptionsreform eine Probezeit. Ich halte dieses für problematisch und ich wäre dankbar, wenn in Fraktion zumindest darüber Einverständnis erzielt werden könnte, dass bei der ersten Lesung hier sehr zurückhaltend und offen operiert wird, denn ich möchte dieses in einer Kurzformel so zusammenfassen: Mir scheint es bei einer wirklichen Adoptionsreform problematisch zu sein, in der Weise eine Probezeit fest zu verankern, als ob man das Kind sozusagen bei einer Adoption zur Ansicht erstmal sich beäugen kann, um dann gegebenenfalls auch zu adoptieren. Ich möchte hier jetzt nicht in eine Sachdebatte eintreten. Ich möchte nur die Bitte aussprechen, weil wir das ja auch im Ausschuss dann behandeln müssen, dass bei der ersten Lesung hier zurückhaltend operiert wird und die Offenheit der Fraktion festgehalten wird.

**Wehner**: Hilde *Schimschok*.

**Schimschok**: Genossinnen und Genossen, ich habe manche Stellungnahme zur Probezeit gehört. Ich habe auch Briefe gelesen, die von Terre des Hommes kamen. Da, wo eben Eltern, deutsche Adoptiveltern Kinder aus Vietnam und aus Kolumbien adoptieren, ohne die Kinder vorher gesehen zu haben. Ich glaube, dass man dieses nicht mit der Situation hier in Deutschland vergleichen kann, wenn Kinder, wenn geschädigte Kinder aus den Heimen geholt werden. Ich habe mit Vertretern des Jugendamtes gesprochen. Sie sind an mich herangetreten und sagten, wenn schon kein Rücktrittsrecht besteht, dann werden wir unsere Kinder, auf die es uns ja doch im Wesentlichen ankommt, auch die Kinder, die jahrelang in Heimen sind, die werden wir einfach nicht mehr los, weil den Eltern das Risiko zu groß ist. Und ich habe dann auf die Probezeit hingewiesen und sagte, es wäre doch eine Probezeit da, um festzustellen, ob beide zueinander finden, die Eltern wie auch die Kinder. Wenn wir von Staats wegen Eltern und Kinder zusammenführen, dann soll uns sehr daran liegen, dass diese Menschen wirklich glücklich werden. Mein Mann leitet, wenn ich das hier in diesem Zusammenhang erwähnen darf, eine Abteilung im Dortmunder Jugendamt, die sich auch mit der Adoptionsvermittlung beschäftigt. Es kommt sehr selten vor, möchte ich sagen, sehr selten vor, aber es kommt vor, dass Pflegeeltern ganz verzweifelt kommen und sagen, wir finden keinen Kontakt zu dem Kind, und die Eltern leiden praktisch darunter, weil sie das Kind um sich haben, mit dem einfach nicht zurechtkommen. Es kommt kaum ein Gespräch zustande und so weiter und wenn Eltern ein echtes Verantwortungsgefühl den Kindern gegenüber haben, dann adoptieren sie die Kinder auch ohne Probezeit. Aber wenn die Konflikte zwischen den Eltern und den angenommenen Kindern so groß sind, dass sie ihr Leben lang darunter leiden würden, dann soll man es doch bei der Probezeit lassen. Man kann vielleicht die Probezeit irgendwie abgrenzen nach unten und nach oben. Das ist eine Sache, über die man im Arbeitskreis und im Ausschuss im Ausschuss noch sprechen kann, aber im Interesse der Kinder und auch der annehmenden Eltern bin ich dafür, dass eine Probezeit drinbleibt, auch aufgrund der Erfahrungen, die ich als Sozialarbeiterin gesammelt habe. Und man kann auch die Eltern, die Kinder aus Kolumbien nehmen, die Adoptiveltern, und Kinder aus Vietnam nehmen, nicht mit anderen Adoptiveltern vergleichen, denn das sind Eltern, die die andere Mentalität der Kinder von Vornherein kennen, die sich ihres Risikos bewusst sind und die echt gewillt sind, dieses Risiko zu tragen. Ich bitte darum, die Probezeit in dem Gesetz zu lassen. Ich habe wirklich sehr, sehr darüber nachgedacht, denn Vertreter der Jugendämter sagen, dass es durch die Beseitigung der Probezeit leicht zu einem Antiadoptionsgesetz kommen kann, und gerade für die Kinder, die eine Adoption dringend notwendig haben.

(Beifall.)

**Wehner**: Weitere Wortmeldungen? Jedenfalls wird nicht verschwiegen werden können und auch nicht verschwiegen werden sollen bei der Lesung, das hier Probleme sind, die noch erörtert werden, auch ein wenig differenziert.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt, und bevor ich Dieter *Lattmann* bitte, das Wort zu nehmen, möchte ich sagen, das, was hier unter dem verkürzten Arbeitstitel Künstlerbericht steht, das ist wichtig, und ich war sehr froh, dass Dieter *Lattmann* als Notiz für Eugen *Glombig* für die Erörterung im Fraktionsvorstand eine recht ausführliche und dabei übersichtliche Darstellung dessen gegeben hat. Vielleicht würde es sich lohnen, sie auch den Fraktionsmitgliedern zur Hand zu geben, weil es sich da um Dinge handelt, die eben nicht nur von dem einen oder anderen, der sich damit unmittelbar befassen muss, verstanden werden sollen, sondern von vielen, die in Diskussionen in Berührung kommen mit jenen vielen Einzelpersonen, die zu diesem Gruppen gehören. Es gibt auch eine gute kurze zusammenfassende Darstellung, die der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung[[72]](#footnote-73) unter dem 13. Januar herausgegeben hat. Aber wenn man dazu die *Lattmannsche* nimmt, dann sieht man, wo auch noch die Probleme sind, zum Beispiel Schriftsteller und so weiter betreffend. Das wollte ich vorweg gesagt haben. Dieter *Lattmann*.

**Lattmann**: {…} Genossinnen und Genossen, ihr werdet die Bundesdrucksache Künstlerbericht[[73]](#footnote-74) in Bonn vorfinden oder bis morgen erhalten. Ich bitte euch sehr, dass zumindest diagonal durchzusehen, ihr werdet auch in euren Wahlkreisen darauf angesprochen werden. Es geht einmal um teilweise wirklich benachteiligte Berufsgruppen, andererseits aber auch um Gruppen, die ab Anfang der sechziger Jahre in zunehmendem Maße mit uns sympathisiert haben und die uns nachweislich in den Bundeswahlkämpfen ’69 und ’72 und auch in manchem Landtagswahlkampf sehr engagiert unterstützt haben. Wir haben bei diesen Gruppen eine Erwartungshaltung. Ich kann jetzt nicht Einzeldaten zu genau vortragen, aber ein ganz paar Informationen. Es geht im Künstlerbericht um 75 000 Künstler aus den Bereichen Musik, darstellende und bildende Kunst, und wir müssen die rund 25 000 Autoren und Journalisten, für die es einen eigenen Autorenreport schon gab, hinzuziehen, also rund 100 000 in den kulturellen Bereichen und den Massenmedien kulturell, künstlerisch tätige Leute. Innerhalb der vergleichenden Übersicht, wie sie nun sozial abgesichert sind, fällt auf, dass unter der Summe aller Erwerbstätigen 87 Prozent sozialversichert sind, unter den Künstlern aber nur 64 Prozent und innerhalb dieser 64 Prozent haben wiederum nur 73 Prozent einen vollen Anspruch durch 35 Jahre Zugehörigkeit zur Sozialversicherung. Wir haben sehr unterschiedliche Verdienstverhältnisse. Einzelne Gruppen, wie zum Beispiel die freiberuflichen Musiklehrer, verdienen weniger als 1 000 Mark brutto im Monat. Wir haben ein großes Gefälle von etwa Musikinterpreten, Konzert- und Soloinstrumentalisten oder Sängern, denen es relativ gut geht. Das absolute Durchschnittseinkommen dieser Berufsgruppe ist errechnet mit brutto 22 800 Mark. Das klingt sehr gut, aber bitte bedenkt, dass da ja heruntergehen auch alle Sozialleistungen, die in voller Höhe zu zahlen sind von Berufsgruppen, die als Freiberufler bislang kaum Arbeitgeberanteile oder einen Ersatz haben.

Der Bericht gibt den Ist-Zustand und ist insofern sehr informativ, er gibt noch nicht die politischen Lösungen. Genossinnen und Genossen, dieses haben wir in nächster Zeit miteinander zu bedenken und dazu wird auch etwas zu sagen sein in der Runde der Erklärungen der Fraktionen, allerdings nicht in einem abgestimmten politischen Willen, der steht bei uns noch nicht greifbar zur Verfügung.

Es sind drei Bereiche, die ich ansprechen möchte. Einmal die Arbeitsmöglichkeiten sichern. Hier spielen die öffentlichen Anstalten ARD und ZDF eine erhebliche Rolle, aber auch die kommunalen Auftraggeber, etwa Kunst am Bau, die privatwirtschaftlichen Auftraggeber im Presse- und Verlagswesen. Ein ganzer zweiter Bereich ist der Bereich der Kultursozialpolitik, die bessere Alters- und Krankenvorsorge für diese Berufsgruppen und der dritte Bereich, über den wir uns Gedanken machen müssen, sind die steuerlichen Konsequenzen. Und da darf ich dich, Hans *Apel*, daran erinnern, dass unsere Partei auf dem Bundesparteitag in Bonn-Bad Godesberg im November 1971 mit einer ansehnlichen Mehrheit und auch mit der Stimme Willy *Brandts* beschlossen hat, dass wir in Konsequenz der Tatsache, dass in diesen Berufsgruppen immer mehr arbeitnehmerähnlich, also praktisch abhängig, wirtschaftlich abhängig von einem oder wenigen Auftraggebern sind, beschlossen haben, sie – sobald realisierbar – von der Mehrwertsteuer zu befreien. Das steht auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem, was wir bereits positiv erfüllt haben, also etwa den Paragraph 12 a des Tarifvertragsgesetzes[[74]](#footnote-75), der jetzt die Künstlergewerkschaften in den Stand setzt, tarifgesetzlich abgesicherte Musterverträge auszuhandeln, oder etwa einer Teilverbesserung durch die Urheberrechtsnovelle[[75]](#footnote-76), Paragraph 27, Bibliotheksabgabe, wo nun entschieden ist, dass der Bund zehn, die Länder 90 Prozent zahlen und ein Autorenversorgungswerk aufgebaut wird, das sehr Gutes zu leisten imstande ist. Damit möchte ich den Kurzbericht schließen. Ich bitte euch aber noch einmal herzlich um eine gewisse Aufmerksamkeit für dieses Thema, wenn möglich auch im Plenum. Der Arbeitskreis hat gemeint, ich soll den Bericht für die Fraktion übernehmen. Danke.

**Wehner**: Danke Dieter *Lattmann*, und ich wiederhole die Bitte. Du hast ja, wie ich verstanden habe, auch aufgegriffen – leicht überarbeitet an der einen Stelle –, sie den Fraktionsmitgliedern zugänglich zu machen, denn jeder hat, sei es in seinem Wahlkreis, sei es in Versammlungen, sei es in Gesprächen und durch Eingaben, mit Personen aus diesem so wichtigen Bereich zu tun, denen es so schlecht geht in der Regel. Keine Wortmeldungen? Bitte Antje *Huber*.

**Huber**: Das ist doch ein Bericht, wenn ich das richtig verstanden habe, über die Gesamtzahl der hier Betroffenen im ganzen Bereich. Was nicht deutlich geworden ist und wonach ich fragen will ist, wie viele Leute unter diesen 100 000 befinden sich echt in einer solchen Situation, dass eine bestimmte Hilfe, sei es in Bezug auf die Altersversicherung oder die berufliche Situation, nötig ist.

**Lattmann**: Wir haben im Einzelnen 30 000 Leute, die im Bereich der Musik arbeiten, denen es relativ gut geht. Wir haben im Bereich der bildenden Kunst 25 000 bildende Künstler, von denen ein Drittel – also rund 8 000 – überhaupt gar keine Altersversorgung haben, in gar keiner Form, auch keine privatwirtschaftliche. Wir haben im Bereich der darstellenden Kunst ein Detailproblem von etwas über zehn Prozent Arbeitslosigkeit zurzeit von Rundfunksprechern, von freiberuflichen Mitarbeitern der Massenmedien. Das sind einige Teilangaben und dann ist natürlich doch, Antje, die Information, dass eben 64 Prozent dieser Berufsgruppe nicht im ausreichenden Sinne sozialversichert sind, ein einigermaßen alarmierendes Zeichen. Es wird aber möglich sein, in dem Papier, das ich der Fraktion gebe, weitere Einzelzahlen euch an die Hand zu geben.

**Wehner**: Willy *Brandt*.

**Brandt**: {…} Bemerkung machen, Genossen, denn die Ziffern, die Dieter *Lattmann* genannt hat, die machen ja deutlich, hier handelt es sich um eine zahlenmäßig kleine Gruppe. Aber ich denke, das klang auch kurz an, es handelt sich um eine Gruppe, um die zu kümmern uns Sozialdemokraten gut ansteht.

(Beifall.)

Aus drei Gründen, aus drei Gründen und der Obersatz muss sein, so denke ich, dass Kunst kein Luxus ist, sondern gewissermaßen das Salz einer Gesellschaft ist. Und das Zweite ist, dass die Arbeits- und die Lebensbedingungen von Menschen, die uns Kunst nahebringen, uns nicht gleichgültig sein können. Und ich meine, die Substanz einer Gesellschaft sei auch daran zu messen, welche Stellung die Künstler in ihr, in der Gesellschaft einnehmen und schließlich, das ist nicht Opportunismus, wenn man hinzufügt, ich greife den Gedanken auf, es ist kein Geheimnis und wir brauchen nicht zu verstecken, dass Künstler und Schriftsteller den – gestattet das große Wort – den geistigen Aufbruch, der mit der sozial-liberalen Koalition von ’69 verbunden war, wesentlich mitgetragen haben. Nun zeigt der Bericht, und Dieter *Lattmann* wird gestatten, dass ich dies hinzufüge, der zeigt etwas sehr Interessantes. Er zeigt nämlich, dass der überwiegende Teil unserer Bevölkerung der Kunst positiv gegenübersteht, und zwar in der Reihenfolge der häufigsten Erwartungen, so wie man so etwas aus Befragungen dann abliest, verspricht sich der überwiegende Teil der Bevölkerung sich von der Kunst Entspannung und Unterhaltung, Verschönerung der Freizeit und ästhetischen Genuss, Belehrung und Anregung für die eigene Phantasie.

Aber das Bewusstsein, das ist die Schlussfolgerung, die sich mir zu diesem Teil des Berichts aufdrängt, das Bewusstsein, dass man eine solche Bereicherung unseres Lebens nicht von in weiten Bereichen materiell Ungesicherten erwarten kann, das scheint noch wenig entwickelt zu sein. Ich meine deshalb, dass der Bericht, mit dem wir arbeiten sollten, eine wichtige Aufklärungsfunktion hat. Man könnte auch so sagen: als Kulturvolk, das wir so gern sind, können wir es uns nicht leisten, vielen der in künstlerischen Berufen tätigen Menschen Risiken zuzumuten, die in anderen Berufen längst zu einem akuten Mangel an Arbeitskräften geführt hätten. Ich bin sehr dafür, dass wir keine Versprechungen machen, sondern dass wir sehr konkret prüfen, wo ohne allzu großen Aufwand, und auch ohne alles in einem zu kurzen Zeitraum zu bringen, etwas verbessert werden kann auf arbeits- und tarifrechtlichem Gebiet, in der steuerlichen Behandlung und zum Ausbau der Alterssicherung. Gestattet mir hier einen Satz, den ich – wenn ich mich öffentlich geäußert hätte – so nicht sagen würde. Ich bin sehr und aus guter Überzeugung als Bundeskanzler zusammen mit Jupp *Ertl* für die Alterssicherung der deutschen Landwirte eingetreten. Aus meiner Sicht ist das, was den deutschen Landwirten Recht ist, den deutschen Künstlern billig. Das ist meine Grundeinstellung.

(Starker Beifall.)

Und dann sollten wir bei dieser Gelegenheit nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass wir in den letzten Jahren schon das eine und das andere in Gang gesetzt haben. *Lattmann* hat den Bibliotheksgroschen als Einstieg in eine Alterssicherung und Altersversorgung der Autoren. Die neu geschaffenen tariflichen Möglichkeiten für freie Mitarbeiter. Was die bildenden Künstler angeht, das Festhalten an den Regelungen über Kunst am Bau, bescheidener Beitrag unmittelbare jährliche Ankäufe des Bundes, an denen wir festhalten sollten, etwas umstritten, aber im Prinzip richtig. Beteiligung des Künstlers an Wertsteigerungen im Falle des Weiterverkaufs durch Museen zum Beispiel. Ich will das Projekt Nationalstiftung jetzt nicht aufgreifen, komplizierte Sache, sondern mir lag jetzt nur daran, mein Interesse an den durch den Bericht aufgeworfenen Fragen zum Ausdruck zu bringen und die im Einzelnen zuständigen Kollegen sehr herzlich zu bitten, sich durch die Schwierigkeit der Materie nicht entmutigen zu lassen, sondern einige Verbesserungen und Neuregelungen, die auf kürzere Zeit möglich sind, so vorzubereiten, dass unsere Aufgeschlossenheit und unser guter Wille jedermann deutlich werden. Vielen Dank.

(Starker Beifall.)

**Wehner**: Eugen *Glombig*.

**Glombig**: {…} was von Dieter *Lattmann* und Willy *Brandt* gesagt worden ist, in einem Punkt ergänzen. Der Arbeitskreis hat sich gestern mit diesen Fragen, vor allem mit den arbeitsrechtlichen Fragen, den tarifrechtlichen Fragen, den steuerrechtlichen Fragen und den Fragen der sozialen Sicherung beschäftigt und war der Meinung, dass diese Fragen sehr schwierig zu lösen sind, weil das vor allem auch Finanzprobleme sind. Wir können am Donnerstag in der Debatte konkrete Vorschläge zur Lösung dieser Fragen noch nicht anbieten, aber ich meine, dass die Darlegung des Problems schon sehr wertvoll ist, und wir haben angeregt, dass hier eine Arbeitsgruppe gebildet wird unter dem Vorsitz von Dieter *Lattmann* und unter Beteiligung aller anderen beteiligten Arbeitsgruppen, um zu ergründen, welche Lösungsmöglichkeiten es in diesem Falle gibt, vor allem auch für die Fragen der sozialen Sicherung und der Arbeitslosigkeit der Künstler, und zwar im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit anderer Gruppen, zum Beispiel jugendlicher Arbeitsloser und arbeitsloser Schwerbehinderter. Hier wird auch Dieter *Lattmann* Anlaufstelle für diese Probleme im Einzelfall sein. Wir werden uns also im Arbeitskreis dieser Dinge besonders annehmen müssen noch, sodass wir – ich hoffe – bis zum Jahre ’76 auch hier zumindest eine kleine Lösung anbieten können.

**Wehner**: Danke. Keine Wortmeldungen? Antje *Huber*.

**Huber**: Wenn ich jetzt höre, dass es schon Vorstellungen und Vorschläge gibt, wenn sie auch noch nicht ganz ausgegoren sind, möchte ich mal fragen, ob dann nicht auch der Gedanke vorrangig ist, dass vermieden werden muss, Regelungen zu treffen, die diejenigen, die ohnedies aus diesem Kreis schon gut verdienen, künftig noch besser stellen. Ich kann mir vorstellen, dass einige dieser Vorschläge durchaus geeignet sind, noch mehr Einkommen dort anzuhäufen, wo schon viel Einkommen ist. Es müsste eigentlich darauf ankommen, Regelungen zu treffen, die grade die, nach denen ich vorhin gefragt habe, besser stellen und natürlich, sozialpolitisch ist das ein anderer Punkt, aber wenn es um die anderen Einkünfte geht, dann wäre doch daran zu denken.

**Wehner**: {…}[[76]](#footnote-77)

Das ist die Schwierigkeit hier. Wie ist das jetzt mit denen, die noch dazu zur Verfügung stehen müssen? Seid ihr noch eine Weile da, sodass wir der Reihe nach gehen können? Ich frage doch nur, ja oder nein?

(Zwischenruf.)

Also bitte, jetzt vorgezogen Punkt 12, Werner *Buchstaller*, Änderung Wehrpflichtgesetz[[77]](#footnote-78).

**Buchstaller**: Liebe Genossinnen und Genossen, mit diesem Gesetz wird dem Verteidigungsminister die Möglichkeit gegeben, 30 000 Wehrpflichtige in eine zwölfmonatige Verfügungsbereitschaft einzuberufen. Dadurch braucht man nicht alle 495 000 Dienstposten des Friedensumfangs der Bundeswehr ständig voll zu besetzen. Das gibt erstens die Möglichkeit, bei Beibehaltung der vollen Präsenz und damit in Übereinstimmung mit unseren Bündnispartnern die Personalkosten zugunsten der Materialkosten zu senken. Und zweitens gibt diese Lösung die Möglichkeit, positive Ergebnisse der MBFR-Verhandlungen, bei denen es um eine Reduzierung der Truppenstärke geht, bei uns und bei der Bundeswehr sofort zu realisieren. Die CDU/CSU hat nun in der ersten Lesung zu diesem Gesetz eine hart ablehnende Stellung bezogen und auch die Vertreter des Bundesrates wollten dem Gesetz widersprechen. Inzwischen konnte durch Gespräche des Verteidigungsministers mit den Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder und auch mit der Opposition Missverständnisse ausgeräumt werden, sodass wir davon ausgehen können, dass am Freitag dem Gesetz auch von der Opposition zugestimmt wird. Die Missverständnisse beruhten hauptsächlich darauf, dass die Opposition glaubte, mit der Annahme dieses Gesetzes würde sofort die Verfügungsbereitschaft in Kraft gesetzt und das wertete die Opposition als eine Vorleistung, bevor überhaupt Ergebnisse von MBFR-Verhandlungen vorliegen. Das war selbstverständlich nicht beabsichtigt. Schorsch *Leber* musste eine Konzession machen, die aber dieses Werk generell nicht sehr stark stört. Er musste den Länderchefs ihre sogenannten Repräsentationsgenerale lassen. Das heißt, er hat zugestimmt, dass die Wehrbereichsformen nur mit Zustimmung der Länder verändert werden sollen. In der Debatte am Freitag geht es darum, dass Schorsch *Leber* eine kurze Einführung gibt, nicht nur im Hinblick auf die Verfügungsbereitschaft, sondern im Hinblick auch darauf, welche großen Leistungen die Koalitionsregierung auf dem sicherheitspolitischen Gebiet erbracht hat. Dann wird nicht der bisherige Sprecher, der ja eine ablehnende Stellung geführt hatte, sondern *Wörner* den Versuch unternehmen zu erklären, warum sie aus dem Nein inzwischen eine Zustimmung formulieren konnten. Er wird dabei versuchen, besondere Übereinstimmungen aus der Sicht der Opposition deutlich in den Vordergrund zu stellen. Wir in der Arbeitsgruppe, Herbert *Wehner*, schlagen also vor, dass der Bearbeiter der Fragen für Wehrstruktur, der auch in der ersten Lesung bereits unsere Stellungnahme abgegeben hat, nämlich Erwin *Horn*, dazu sprechen soll. Im Übrigen gehen wir, Konrad [*Porzner*], davon aus, dass nach der Einführung des Ministers sich nur eine Runde anschließen wird.

**Wehner**: Danke. Wird das Wort gewünscht? *Arndt*.

**Arndt** (Hamburg): Darf ich das, was Werner *Buchstaller* eben gesagt hat, dann dahingehend auslegen, dass das Zugeständnis für die Repräsentationsgenerale das einzige materielle Zugeständnis Schorsch *Lebers* an die Opposition gewesen ist? Denn die Pressemeldungen der vergangenen Woche sprachen ja da eine ganz andere Sprache. Ist das richtig?[[78]](#footnote-79)

{…}[[79]](#footnote-80)

**Wehner**: {…} Ich komme zurück auf den Punkt 11 und den hat Alwin *Kulawig* übernommen, Bundesrechnungshof, Entlastung Haushaltsjahr ‘72[[80]](#footnote-81).

**Kulawig**: Genossinnen und Genossen, der Antrag auf Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr ’72 in Verbindung mit den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs werden vom Plenum an den Haushaltsausschuss oder richtiger über den Haushaltsausschuss an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Den Bemerkungen vorangestellt sind Erhebungen des Bundesrechnungshofs über über- und außerplanmäßige Ausgaben bereits für das Haushaltsjahr 1973. Also nicht zur Jahresrechnung ’72, der Rechnungshof kann das tun. Es handelt sich bei den Bemerkungen um zwei Komplexe. Das eine sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Das andere sind die Bemerkungen des Bundesrechnungshofs zu den Feststellungen über seine Erhebungen zu den einzelnen Ressorts der Bundesregierung. Problematisch für die Debatte werden vermutlich die Feststellungen des Rechnungshofs zu den überaußerplanmäßigen Ausgaben ’73 werden, weil die Opposition es hier auf eine Debatte angelegt haben dürfte, und sie hat zu diesem Komplex über- und außerplanmäßige Ausgaben ’73 ein Verfassungsgerichtsverfahren auf den Weg gebracht[[81]](#footnote-82), ohne allerdings bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Begründung – soviel ich weiß –, die Begründung nachgereicht zu haben. Der Bundesrechnungshof kommt in seinen Feststellungen zu dem Ergebnis, dass bei der Höhe der Summe, um die es sich handelt, bis zu zwei Milliarden Mark, keine rechtlichen Voraussetzungen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben vorgelegen hätten, sondern das Weg über den Einbau solcher Ausgaben in den Haushalt oder über einen Nachtragshaushalt hätte beschritten werden müssen. Wir werden uns auf die voraussehbare Debatte einzustellen haben und Kernpunkt unserer Argumentation wird, dass angesichts des weit fortgeschrittenen Haushaltsjahres und der am Ende des Jahres feststellbaren Haushaltsüberhänge ein anderer Weg, als der der über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht mehr praktikabel gewesen wäre. Es wird weiterhin in dem Zusammenhang festzustellen sein, dass die Opposition keine Einwendungen in diese sachliche Begründung für die Mittelzuweisungen beispielweise an die Bundesbahn und an andere Bundesunternehmen vorgebracht hat. Die Möglichkeit dazu hätte sie zweifellos gehabt, denn sie war über die Einzelheiten, über den Umfang genau informiert. Sie hat sich das erst später so ausgedacht. Es wird ferner darauf hinzuweisen sein, dass auch, wenn man den Weg des Nachtragshaushaltsplans hätte beschreiten wollen, dies aus den schon geschilderten Gründen am Ende des Jahres gar nicht mehr praktikabel gewesen wäre, dass aber auch aufgrund des Passierenlassens der Opposition hier auch bei einer Erörterung des Sachverhaltes im Zusammenhang mit einem Nachtragshaushaltsplan wohl keine ernsthaften Einwendungen vorgebracht werden können und dass dieselbe Mittelzuweisung über einen Nachtragshaushaltsplan eben von der Mehrheit des Bundestages mit Sicherheit auch beschlossen worden wäre.

Der andere Komplex ist, es ist mir nicht bekannt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wir werden das möglicherweise erst während der Debatte erleben, ob die Opposition auch auf die Bemerkungen zu den einzelnen Ressorts im Haushaltsjahr ’72 eingehen wird. Dazu wird im Wesentlichen zu sagen sein, dass die Bemerkungen des Bundesrechnungshofes keine letzten Weisheiten darstellen und eben auch im Verlauf der Beratungen im Haushaltsausschuss beziehungsweise im Rechnungsprüfungsausschuss erst endgültig festgestellt werden kann, was es mit diesen Bemerkungen auf sich hat. Oder einfacher gesagt: die Praxis der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss hat gezeigt, dass eine ganze Reihe der Kritiken und Vorbringungen des Bundesrechnungshofs einer kritischen Nachprüfung des Rechnungsprüfungsausschusses, zumindest in dem Umfang, wie sie hier vorgebracht worden sind, nicht standhalten. Man kann also den Erläuterungen und den Erörterungen der Bemerkungen im Rechnungsprüfungsausschuss während der Debatte im Plenum nicht vorgreifen. Darauf werden wir zu verweisen haben. Die Praxis des Rechnungsprüfungsausschusses und die dort auch seit vielen Jahren feststellbare Einstimmigkeit der Beratungen zeigt sich aus der Vergangenheit hier deutlich. Ich muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt annehmen, dass sich die Opposition in der Hauptsache auf ihre Behauptung konzentrieren wird, dass der Bundesfinanzminister bei der {…} des über- und außerplanmäßigen Ausgaben beschritten hat, sich hier eines Verfassungsverstoßes schuldig gemacht hat und werden uns mit unserer Debatte darauf einzustellen haben. Zur Debatte wäre zu sagen beziehungsweise zur Vorbereitung, dass wir uns mit dem Bundesminister der Finanzen, mit dem Bundesjustizminister hinsichtlich der Argumentation abstimmen wollen, dass wir für die Debatte, von der uns gesagt worden ist, es sei mit zwei Runden zu rechnen, als Redner vorschlagen mich und gegebenenfalls Dietrich *Sperling* und dass wir uns mit dem Arbeitskreis Rechtswesen abstimmen wollen, für den dann Klaus Dieter *Arndt* sprechen wird –

(Zwischenruf.)

Pardon, *Arndt* sprechen wird.

**Wehner**: Keine Gefahr, der andere ist schon tot. Es kommt wirklich darauf an, dass hier die Maßnahmen der Regierung mit der sachlichen Dringlichkeit begründet werden und verfassungsrechtlich verteidigt werden. Denn das eine ist wichtig. Das andere, das hat Alwin *Kulawig* genau gesagt, aber wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass mit der sachlichen Begründung sozusagen die verfassungsrechtliche Handhabung sich gewissermaßen erübrige, noch deutlich gemacht. Wird das Wort gewünscht? Heinz *Westphal*.

**Westphal**: Ich stimme mit dem, was bis jetzt gesagt worden ist, völlig überein. Ich wollte nur auf einen Rand-, also einen kleineren Teilbereich noch mal hinweisen. Ich dachte, jemand anderer von uns aus der Arbeitsgruppe Haushalt würde sich melden. Wenn Alwin *Kulawig* darauf hingewiesen hat, dass in diesem Bericht des Rechnungshofs bezogen auf ’73 eben auch einige Ressorts in die Mangel genommen werden, dann sind wir im Haushaltsausschuss und natürlich die Genossen im Rechnungsprüfungsausschuss besonders in der Situation, dass sie dann das noch nicht behandelt haben, aber die Kritik der Opposition über diese Ministerien herfällt. Wir könnten nur unsererseits sagen, wir werden das prüfen, vielleicht die eine oder andere abschwächende Bemerkung. Ich sage das deshalb, weil nach meiner Meinung an dieser Stelle die Regierung an einigen Stellen sich vorbereiten muss, um möglichweise abzufangen, was es an Kritik gibt. Da ist sie eher dran als die Parlamentarier. Es gibt so was bei Bundesbahn und Bundespost. Das gibt’s aber auch im Bildungsbereich. Ich erinnere an die Kritik im Zusammenhang mit dem hier in Berlin ansässigen Berufsbildungsforschungsinstitut und die Frage der Kapazitätsauslastung bei den Universitäten. Ich weiß nicht, ob das kommt, aber man sollte jedenfalls darauf eingestellt sein, und das bei der Regierung.

**Wehner**: Jedenfalls ist der Ausgang dieser Erörterung unter Umständen Präzedenzfall für weitere und noch ganz andere und umfassendere, um die es im Laufe der Zeit gehen wird, je nachdem wie die Opposition das anstellt. Keine weiteren Wortmeldungen? Dann unter Verschiedenem Helga *Timm*.

**Timm**: Genossinnen und Genossen, ich wollte euch nochmal darauf aufmerksam machen, dass ein Fraktionsdienstag ein normaler Präsenztag ist. Wir haben festgestellt, dass wahrscheinlich eine ganze Reihe von euch vergessen hat, sich unten in der Eingangshalle in die Anwesenheitsliste einzutragen. Tut das also noch in eurem eigenen Interesse.

**Wehner**: Soweit diejenigen, die noch hier sind, das noch beherzigen, kann es nützlich sein. Gibt es zu Verschiedenem noch Wortmeldungen? Keine. Dann danke ich und schließe.

1. Das vorliegende Fraktionsprotokoll beruht auf einer im Zuge der Editionsarbeiten veranlassten Ver­schriftlichung (Transkription) einer Tonaufzeichnung dieser Sitzung. Die Tonquelle wird im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) aufbewahrt. Zur Durchführung der Transkription und zur textkritischen Aufbereitung des Protokolls vgl. auch die »Hinweise zur Edition«, 7. WP. [↑](#footnote-ref-2)
2. Der Bundesvorstand der CDU bezeichnete die wirtschaftliche Situation der Bundsrepublik als »besorgniserregend«. Außerdem kritisierte der CDU-Parteichef *Kohl* seinen Schatzmeister Walter Leisler *Kiep*, der bei einem Besuch in der DDR eigenmächtig Kontakte zu DDR-Funtkionären aufgenommen hatte. Vgl. bspw. den Artikel »Kohl übt scharfe Kritik an Kiep«; »Süddeutsche Zeitung« vom 21. Januar 1975, S. 2. [↑](#footnote-ref-3)
3. Die Wahl fand am 2. März 1975 statt. [↑](#footnote-ref-4)
4. Die Bundesrepublik verhandelte mit der DDR über den Ausbau der Transitstrecken. Zu einer Vereinbarung kam es erst im Dezember 1975. [↑](#footnote-ref-5)
5. Seit 1973 gab es sowjetische Überlegungen ein Kernkraftwerk in Kaliningrad zu bauen, das Strom für Westdeutschland produzieren könnte. Die Bundesrepublik war dem Projekt nicht abgeneigt, stellte jedoch zur Bedingung, dass die Stromtrasse nach Westdeutschland über Berlin (West) führen müsste, um so den wachsenden Elektrizitätsbedarf im Westteil der Stadt sicherzustellen. [↑](#footnote-ref-6)
6. #**Pressedoku**# [↑](#footnote-ref-7)
7. Zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 und zum Schlussprotokoll vom 3. Juni 1972 vgl. Bundesanzeiger, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73; Europa-Archiv 1971, D 443–454. [↑](#footnote-ref-8)
8. Am 19. Juni 1974 beschloss der Bundestag, dass der Amtssitz des neu gegründeten Umweltbundesamtes in Berlin (West) sein sollte (vgl. BT Plenarprotokoll 07/109, S. 7362–7368). Am 20. Juni protestierte das DDR-Außenministerium gegen den Beschluss, da er laut der DDR dem Geist des Vier-Mächte-Abkommens widerspräche, der festlege, dass Berlin (West) kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik sei. Auch die UdSSR verurteilte den Beschluss des Bundestages. Vgl. dazu DzD VI/Bd. 3, Nr. 184; Europa-Archiv 1974, Z 166. – Die DDR behinderte in der Folge den Transitverkehr, um zu verhindern, dass die Mitarbeiter des Umweltbundesamtes auf dem Landweg Berlin (West) erreichten. [↑](#footnote-ref-9)
9. Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung wurde am 10. Februar 1975 gegründet. Seinen Sitz hatte es in Berlin (West). Vgl. EWG-Verordnung Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung. [↑](#footnote-ref-10)
10. Aufgrund des Viermächtestatus durften nur Fluglinien der drei Westmächte die Luftkorridore für den Zivilluftverkehr nach und von Berlin (West) nutzen. [↑](#footnote-ref-11)
11. Bundeskanzler *Schmidt* warnte auf einer Konferenz von Westberliner DGB-Funktionären vor zu hohen Lohnforderungen in der kommenden Tarifrunde. Vgl. den Artikel «Schmidt warnt vor Lohnerhöhungen um 10 Prozent«; »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 21. Januar 1975, S. 3. [↑](#footnote-ref-12)
12. Sozialistische Einheitspartei Westberlins, online. [↑](#footnote-ref-13)
13. #**Pressedoku** Berlin# [↑](#footnote-ref-14)
14. Der »Bund Freies Deutschland« trat nur 1975 zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin an. Im Wahlkampf wurde er unter anderem von Franz Josef *Strauß* unterstützt. [↑](#footnote-ref-15)
15. Gemeint ist der Axel-Springer-Verlag. [↑](#footnote-ref-16)
16. #**Pressedoku**# [↑](#footnote-ref-17)
17. Vgl. zur Steuerreform auch die SPD-Fraktionssitzung am 9. Mai 1974, SVP B und C, online. [↑](#footnote-ref-18)
18. Vgl. Anm. 68. [↑](#footnote-ref-19)
19. Zur Großen Anfrage der SPD- und FDP-Fraktion vom 25. September 1975 betr. Deutschlandpolitik vgl. BT Drs. 07/2568. Zur Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 18. Oktober 1974 betr. Deutschlandpolitik vgl. BT Drs. 07/2679. Zur Antwort der Bundesregierung vom 6. Dezember 1974 auf die Große Anfrage der SPD- und FDP-Fraktion vgl. BT Drs. 07/2933. Zur Antwort der Bundesregierung vom 6. Dezember 1974 auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vgl. BT Drs. 07/2934. Zur Debatte über die Großen Anfragen am 30. Januar 1975 vgl. BT Plenarprotokoll 07/146, S. 10043–10122 und S. 10139–10147. [↑](#footnote-ref-20)
20. Gemeint ist die außenpolitische Konferenz der SPD, die vom 17. bis zum 19. Januar 1975 in Bonn stattfand. Vgl. Chronik der SPD, Bd. 3, S. 637. Die Redebeiträge sind abgedruckt in Partnerschaft heute – unsere Politik nach Außen. Außenpolitische Bundeskonferenz der SPD. 17.–19. 1. 1975. Dokumente hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J. (vermutlich 1975). [↑](#footnote-ref-21)
21. Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Steuerbeamter und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes. [↑](#footnote-ref-22)
22. *Fredersdorf* warnte vor »Handgreiflichkeiten« in den Finanzämtern, weil zu viele Hoffnungen, die die Steuerreform geweckt habe, enttäuscht werden müssten und etliche Arbeitnehmer weniger in der Lohntüte fänden als erwartet. Vgl. den Artikel »In den Lohnbüros herrscht Alarmstimmung«; »Rheinische Post« vom 22. Januar 1975; BT Pressedokumentation, Sachordner Steuerreform. [↑](#footnote-ref-23)
23. Vgl. bspw. den Artikel »Der erste Blick auf den Lohnstreifen kann irritierend sein«; »Parlamentarisch-Politischer Pressedienst« vom 17. Januar 1975, S. 6f. [↑](#footnote-ref-24)
24. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft wandten sich an Bundeskanzler *Schmidt* mit der Bitte, im Streit zwischen den Bundesministern *Rohde* (SPD) und *Friderichs* (FDP) um die Reform der beruflichen Bildung »versachlichend« einzugreifen. *Rohde* plante eine Ausweitung des überbetrieblichen Bildungswesens und wollte die Gewerkschaften stärker einbeziehen. Auch dagegen wandten sich die Spitzenverbände, die auf einen Ausbau des betrieblichen Ausbildungswesens drangen. Als vertrauensbildende Maßnahme boten sie, ihre Mitglieder verstärkt zu mobilisieren, um zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu können. Vgl. den Artikel »Wirtschaftsverbände wenden sich an den Bundeskanzler«; »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 18. Januar 1975, S. 1. [↑](#footnote-ref-25)
25. #**Pressedoku**# [↑](#footnote-ref-26)
26. Institut für angewandte Sozialwissenschaft. [↑](#footnote-ref-27)
27. Zum »Arbeitsförderungsgesetz« in der Fassung vom 25. Juni 1969 vgl. BGBl. 1969, I, Nr. 51, S. 583–632. [↑](#footnote-ref-28)
28. Zum »Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes und anderer Vorschriften« in der Fassung vom 23. Juni 1970 vgl. BGBl. 1970, I, Nr. 59, S. 826–834. (Das Gesetz erhielt mit dieser Novelle auch sein neuen Namen »Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft (Berlinförderungsgesetz – BFG)«.) [↑](#footnote-ref-29)
29. Vgl. Anm. 27. [↑](#footnote-ref-30)
30. Vgl. Möllers Artikel »Berlin – Aufgabe und Verpflichtung. Starke und lebendige Bindung zwischen Stadt und Bund« im SPD-Pressedienst vom 16. Januar 1975, S. 1 f., online. [↑](#footnote-ref-31)
31. Vgl. Anm. 27. [↑](#footnote-ref-32)
32. Zur Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 2. September 1974 betr. Lage der Berliner Wirtschaft vgl. BT Drs. 07/2514. Zur Antwort des Bundesministers für Wirtschaft am 19. September 1974 vgl. BT Drs. 07/2548. [↑](#footnote-ref-33)
33. Walter W. *Cobler*. [↑](#footnote-ref-34)
34. Die Verabschiedung im Bundestag fand am 12. Dezember 1974 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 07/136, S. 9397–9400. – Zum »Einführungsgesetz zum Einkommensteuerreformgesetz (EG-EStRG)« in der Fassung vom 21. Dezember 19764 vgl. BGBl. 1974, I, Nr. 141, S. 3656–3675. [↑](#footnote-ref-35)
35. Vgl. den Artikel »Für Zittern und Aufzucht«; »Wirtschaftswoche«, Nr. 4 vom 17. Januar 1975, S. 24 f. [↑](#footnote-ref-36)
36. Zur Plenardebatte am 22. April 1970 vgl. BT Drs. 06/45, hier S. 2315. [↑](#footnote-ref-37)
37. Eigentlich Dietrich *Stobbe*, Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund. [↑](#footnote-ref-38)
38. Vgl. Anm. 20. [↑](#footnote-ref-39)
39. Zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Bulletin 1972, Nr. 155 vom 8. November 1972, S. 1842-1844. [↑](#footnote-ref-40)
40. Vgl. Anm. 7. [↑](#footnote-ref-41)
41. Zum Interview des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, *Gaus*, mit Reinhard *Appel* vom Deutschlandfunk am 31. Dezember 1974 zum Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR vgl. BT Pressedokumentation, Personenordner Gaus. – *Gaus* machte in dem Interview klar, dass er nicht mit einer raschen Annäherung beider Staaten rechne, sondern im Gegenteil mit einem wachsenden Abgrenzungsbedürfnis der DDR zur Bundesrepublik. Er warnte vor illusionären Erwartungen an die Entspannungspolitik. [↑](#footnote-ref-42)
42. Günter *von Drenkmann* war Präsident des Kammergerichts Berlin und wurde am 10. November 1974 von Terroristen der Gruppe »Bewegung 2. Juni« ermordet. Die Ermordung *von Drenkmanns* wurde von den Terroristen als Vergeltung für den Tod von Volker *Meins* dargestellt, der am 9. November 1974 im Hungerstreik in der Justizvollzugsanstalt Wittlich in Rheinland-Pfalz gestorben war. Vgl. den Artikel »Kammergerichtspräsident von unbekannten Attentätern erschossen«; »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 11. November 1974, S. 1. [↑](#footnote-ref-43)
43. Innensenator von Berlin (West). [↑](#footnote-ref-44)
44. Ulrich *Schmücker* war Mitglied der »Bewegung 2. Juni«, zugleich arbeitete er für den Verfassungsschutz als V-Mann. Am 5. Juni 1974 wurde er unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen im Grunewald ermordet aufgefunden. [↑](#footnote-ref-45)
45. Vgl. den Artikel »Der tödliche Treff«; »Der Spiegel«, Nr. 41 vom 7. Oktober 1974, S. 104–106. [↑](#footnote-ref-46)
46. Vgl. Anm. 7. [↑](#footnote-ref-47)
47. #**Senatsarchiv, BT Bibliothek**# [↑](#footnote-ref-48)
48. #**Pressedoku**# [↑](#footnote-ref-49)
49. #**Pressedoku**, Daimer-Paket, AKtien# [↑](#footnote-ref-50)
50. Gemeint ist der Vorschlag, den der britische Finanzministers Denis *Healey* auf der Tagung der Außenminister und Finanzminister der fünf großen Industriestaaten USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Japan am 28. und 29. September in Washington machte. *Healys* Vorschlag sah vor, einen Fonds beim IWF einzurichten, in den die OPEC-Staaten ihre überschüssigen Dollar-Beträge einzahlen sollten und aus dem sich die Industrienationen Geld leihen konnten. Vgl. AdG 1974, S. 18961. [↑](#footnote-ref-51)
51. Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 17. September 1974, SVP A, online. [↑](#footnote-ref-52)
52. Vgl. Anm. 37. [↑](#footnote-ref-53)
53. In der Sitzung am 22. Januar 1975 berichtete Apel außerhalb der Tagesordnung über die Ergebnisse der Sitzung der Zehnergruppe und des Interim-Ausschusses in Washington D. C. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1975, online. [↑](#footnote-ref-54)
54. Vgl. Anm. 56. [↑](#footnote-ref-55)
55. Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 14. Januar 1975, SVP B, online. [↑](#footnote-ref-56)
56. Zu den Plenarsitzungen, einschließlich der Fragestunde, am 22., 23. und 24. Januar 1975 vgl. BT Plenarprotokoll 07/142, 07/143 und 07/144. [↑](#footnote-ref-57)
57. Zur Erklärung der Bundesregierung am 23. Januar 1975 betr. die Ergebnisse der Washingtoner Währungskonferenz vgl. BT Plenarprotokoll 07/143, S. 9849–9861. – Am 14. Januar 1975 tagte die Zehnergruppe in Washington, am 16. Januar dann der Interimsausschuss des Internationalen Währungsfonds. Vgl. Europa-Archiv 1975, Z 36. Vgl. außerdem Anm. 49. [↑](#footnote-ref-58)
58. Vgl. Anm. 67. [↑](#footnote-ref-59)
59. Vgl. Anm. 68. [↑](#footnote-ref-60)
60. Zum Entwurf der Bundesregierung vom 10. Oktober 1974 eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Gesetz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen) vgl. BT Drs. 07/2626. Zum Bericht des Haushaltsauschusses vom 22. Januar 1975 gemäß Paragraph 96 der Geschäftsordnung des Bundestags vgl. BT Drs. 07/3115. Zum Bericht und Antrag des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 17. Januar 1975 vgl. BT Drs. 07/3090. Zur zweiten Beratung und Schlussabstimmung am 23. Januar 1975 vgl. BT Plenarprotokoll 07/143, S. 9924. [↑](#footnote-ref-61)
61. Vgl. Anm. 70. [↑](#footnote-ref-62)
62. Vgl. Anm. 72. [↑](#footnote-ref-63)
63. Vgl. Anm. 78. [↑](#footnote-ref-64)
64. Zur Sammelübersicht 33 des Petitionsausschusses vom 8. Januar 1975 vgl. BT Drs. 07/3063. [↑](#footnote-ref-65)
65. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Plenarssitzung am 23. Januar 1975 zurückgezogen. [↑](#footnote-ref-66)
66. Vgl. Anm. 76. [↑](#footnote-ref-67)
67. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung am 23. Januar 1975 zurückgezogen. [↑](#footnote-ref-68)
68. Zum Entwurf der Bundesregierung vom 18. Juli 1974 eines Gesetzes über eine Pressestatistik vgl. BT Drs. 07/2407. Zum Bericht des Haushaltsauschusses vom 18. November 1974 gemäß Paragraph 96 der Geschäftsordnung des Bundestags vgl. BT Drs. 07/2938. Zum Bericht und Antrag des Innenausschusses vom 6. Dezember 1974 vgl. BT Drs. 07/2928. Zur zweiten und dritten Beratung am 23. Januar 1975 vgl. BT Plenarprotokoll 07/143, S. 9881–9885. [↑](#footnote-ref-69)
69. Gemeint ist der Entwurf der Bundesregierung vom 11. Dezember 1974 eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Vgl. BT Drs. 07/2954. [↑](#footnote-ref-70)
70. Zum Entwurf der Bundesregierung vom 7. Januar 1975 eines Gesetzes über die Annahme als Kind vgl. BT Drs. 07/3061. [↑](#footnote-ref-71)
71. Vgl. Anm. 69. [↑](#footnote-ref-72)
72. Helmut *Rohde*. [↑](#footnote-ref-73)
73. Zur Unterrichtung der Bundesregierung vom 13. Januar 1975 über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe (Künstlerbericht) vgl. BT Drs. 07/3071. [↑](#footnote-ref-74)
74. Zum »Tarifvertragsgesetz« in der Fassung vom 25. August 1969 vgl. BGBl. 1969, I, Nr. 83, S. 1323–1325. Zur Ergänzung des Paragraphen 12 vgl. das »Gesetz zur Änderung des Heimarbeitsgesetzes und anderer arbeitsrechtlicher Vorschriften (Heimarbeitsänderungsgesetz)«; BGBl. 1974, I, Nr. 119, S. 2879–2886, hier S. 2884. [↑](#footnote-ref-75)
75. Zum »Gesetz zur Änderung des Urheberrechts« in der Fassung vom 10. November 1972 vgl. BGBl. 1972, I, Nr. 120, S. 2081 f. [↑](#footnote-ref-76)
76. Der Fraktionsvorsitzende *Wehner* spricht, ohne dass Mikrofon zu ergreifen oder ohne es einzuschalten. Offenbar fordert *Wehner* die Fraktion auf, die Unterlagen von *Lattmann* abzuwarten, bevor sie sich sich ein Urteil bildet, denn in *Lattmanns* Unterlagen werde differenziert auf die Probleme eingegangen. *Wehner* erklärt dann, dass er vorhabe, Punkt 12, Änderung Wehrpflichtgesetz, vorzuziehen, obwohl der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, *Berkhan*, bereits die Sitzung verlassen habe. [↑](#footnote-ref-77)
77. Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 5. September 1975 eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vgl. BT Drs. 07/2524. Zum Bericht und Antrag des Verteidigungsausschusses vom 17. Januar 1975 vgl. BT Drs. 3087. Zur zweiten und dritten Beratung am 24. Januar 1975 vgl. BT Drs. 07/144, S. 9946–9960. [↑](#footnote-ref-78)
78. #**Pressedoku**# [↑](#footnote-ref-79)
79. Eine Antwort, die möglicherweise der Abg. *Buchstaller* gab, ist nicht zu verstehen, da das Mikrofon nicht eingeschaltet wurde. [↑](#footnote-ref-80)
80. Zu den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes zur Bundeshaushaltsrechnung (einschließlich der Bundesvermögensrechnung) für das Haushaltsjahr 1972 vom 29. Oktober 1974 vgl. BT Drs. 07/2709. Zur Debatte am 23. Januar 1975 vgl. BT Plenarprotokoll 07/143, S. 9861–9880. [↑](#footnote-ref-81)
81. Die mündliche Verhandlung fand am 9. und 10. Dezember 1976 statt, das Urteil selbst erging am 25. Mai 1977. Vgl. BVerfGE 45, 1. – Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass der damalige Bundesminister für Finanzen in bestimmten Fällen grundgesetzwidrig vorgegangen sei, da er es versäumt habe, die vorige Ermächtigung des Gesetzgebers einzuholen. [↑](#footnote-ref-82)